



Dr. Thomas Goppel:

„Je Geld, desto Kunst?“

Beim Kontaktkreis Politik - Wissenschaft - Kultur erklärte der Minister, „dass es keinen Kahlschlag in besonders sensiblen Bereichen gibt“.

Seite 3



Armin Geiß:

„Kartellamt behindert unsere Entwicklung“

Der Thüga-Vorstandsvorsitzende sprach mit der GZ über die derzeitige Situation und die Zukunft des kommunalen Energiepartners.

Seite 10



Klaus Eichhorn:

Starke Persönlichkeit mit umfassender Kompetenz

Der langjährige AKDB-Direktor starb überraschend im Alter von 62 Jahren. Das Unternehmen ist ihm zu großem Dank verpflichtet.

Seite 2

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 3. Juni 2004

55. Jahrgang / Nummer 11

Am 13. Juni die kommunale Selbstverwaltung stärken

Von Alexander Radwan MdEP

Wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe

Die Diskussionen um die Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa gehen in die entscheidende Phase. Kürzlich hat die EU-Kommission ein Weißbuch zur Daseinsvorsorge und ein Grünbuch zu Öffentlich-privaten Partnerschaften (public-private partnerships) veröffentlicht. Die Zuständigkeiten der Städte und Gemeinden müssen gesichert bleiben, damit ihre Entscheidungen vor Ort auch Bestand haben und nicht mit EU-Recht kollidieren. So gibt es noch keine klaren Kriterien dafür, wann von der öffentlichen Hand erbrachte Leistungen beihilferelevant sind.

Wir brauchen eindeutige Abgrenzungskriterien, aber keine inhaltlichen Vorgaben aus Brüssel. Es darf keine generelle Ausschreibungspflicht für Leistungen im unmittelbaren Wirkungsbereich der Kommunen geben, denn dort gibt es keine Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt. Ein wichtiger Etappensieg war die Entschleunigung des Europäischen Parlaments vom 14. Januar dieses Jahres. Dort konnte die CSU-Europagruppe die Forderung durchsetzen, dass die Zuständigkeiten der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der Daseinsvorsorge nicht angetastet werden dürfen. Ich freue mich, dass es uns darüber hinaus auch gelungen ist, ein klares Nein zur Liberalisierung der Wasserversorgung in das Votum des Straßburger Plenums einzubauen.

Da ist es mehr als dreist, wenn behauptet wird, die CSU-Parlamentarier hätten sich für eine Marktöffnung des Wassersektors ausgesprochen. Diese „Kritiker“ haben selbst keinerlei aktive Beiträge zum Zustandekommen der Par-

lamentsentschließung geleistet. Statt dessen haben sie sich für eine Rahmenrichtlinie zur Daseinsvorsorge stark gemacht. Eine solche Direktive aber könnte über zentrale Qualitätsstandards aus Brüssel die Zuständigkeiten der Kommunen aushöhlen.

Und diese Gefahr ist erschreckend real: Die EU-Kommission hat in ihrem Weißbuch darauf hingewiesen, dass der Entwurf des EU-Verfassungsvertrags in seiner jetzigen Form eine solchen Rahmenrichtlinie zur Folge hätte. Der Artikel III-6 zur Daseinsvorsorge muss deshalb in den Schlussberatungen zum Verfassungsvertrag, der schon am 16./17. Juni verabschiedet werden könnte, noch nachgebessert werden. Bezeichnenderweise hat bisher nur die österreichische Regierung auf eine Festschreibung der kommunalen Zuständigkeiten gedrängt. Die Bundesregierung aber hat geschlafen. Sie sollte schleunigst aktiv werden, wenn sie nicht das Herzstück unseres Gemeinwesens auf dem europäischen Altar opfern will. Das muss auch im Europawahlkampf thematisiert werden.

Bei der Europawahl am 13. Juni geht es nicht zuletzt um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung. Die Entscheidungen müssen auch weiterhin vor Ort getroffen werden. Eine Liberalisierung der Wasserversorgung ist für uns tabu. Viele der Kandidatinnen und Kandidaten auf der CSU-Liste sind auch kommunalpolitisch verankert. Bei den anderen Parteien trifft dies nicht zu. Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung und einem starken Ergebnis für die CSU können wir die Interessen der Städte und Gemeinden wahren. Dafür müssen wir alle gemeinsam kämpfen.



Gruppenbild beim Bayerischen Landkreistag (v.l.): Die Landräte Alexander Muthmann, Freyung-Grafenau, Christian Bernreiter, Deggendorf, Hanns Dorfner, Passau, Erwin Schneider, Altötting und Bruni Mayer, Rottal-Inn, Staatsminister Erwin Huber, Präsident Theo Zellner, Cham, Landrat Heinz Wölfl, Regen, sowie Bürgermeister Hans Steindl aus Burghausen.

Bayerischer Landkreistag in Burghausen:

Kommunen stärken - Staat reformieren

Die bayerischen Landkreise wollen mit einer Verfassungsbeschwerde eine Verschiebung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erreichen. Mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht seien die Landräte bestrebt, das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2005 zu verhindern, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Theo Zellner (Cham) beim Bayerischen Landkreistag in Burghausen. Die Betreuung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger koste allein die bayerischen Landkreise im Jahr fast 300 Millionen Euro zusätzlich, begründete Zellner die Klage.

Der Bund müsse den Städten und Landkreisen einen Ausgleich für die Mehrbelastungen bei der Unterbringung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger zahlen, forderte die Politikerin.

Staatskanzleichef Erwin Huber (Fortsetzung auf Seite 4)



„Deutschlands Zukunft ist weiblich“, ist die Vorzimmerperle überzeugt - auch wenn Gesine Schwan, SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, wie so manche Frau vor ihr nur als politisches Kanonenfutter fungieren durfte. Immerhin machen die Frauen den Politstrategen bei Kommunalwahlen schon ab und zu einen Strich durch die Rechnung. Seite 15

Bürgermeistertag im Landtag

Mehr Rechtssicherheit forderten die kommunalen Vertreter bei einem Bürgermeistertag der SPD-Landtagsfraktion im Münchner Maximilianeum. Neben allgemeinen Fragen der Daseinsvorsorge auf bayerischer und europäischer Ebene ging es auch um das Anliegen, die Wasserversorgung in kommunaler Verantwortung zu belassen. Seite 4



Der Freistaat Bayern und die kommunalen Gewährträger stehen fest zu den Sparkassen. Das war die Kernbotschaft des bayerischen Sparkassentages 2004 in Passau. Die Sparkassen wiederum, so Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser, bekennen sich ausdrücklich zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Mitverantwortung. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber verwies in seiner Festrede auf die Bedeutung der Sparkassen für die regionale Wirtschaft sowie für die vielen Sparer. Als Dank für das eindeutige Bekenntnis der Staatsregierung zu den Sparkassen wurde der Ministerpräsident mit der Sparkassenmedaille in Gold ausgezeichnet. Unser Bild zeigt Dr. Edmund Stoiber zwischen dem Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbandes, Dr. Siegfried Naser und dem Ersten Präsidenten, Landrat Hansjörg Christmann. Eine ausführliche Dokumentation über die Veranstaltung veröffentlichten wir im Finanzfachthema in GZ 13.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Der Präsident wies darauf hin, dass die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrechts auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Träger keinerlei Rücksicht nähmen. Er wagte die Prognose, dass sich der Trend sinkender Umlagekraftzahlen und steigender Sozialhilfe- und Jugendhilfeausgaben auch künftig fortsetzen werde. Der Anteil der Sozial- und Jugendhilfeausgaben an der Umlagekraft werde nach den Berechnungen des Landkreistages von 43,4 Prozent im Jahr 2001 auf voraussichtlich 65,9 Prozent im Jahr 2007 ansteigen.

115 Vorschläge

Eindringlich forderte daher Zellner den Freistaat Bayern zur Unterstützung seiner Forderungen auf. Dazu zählt, dass der Bund die 115 Vorschläge zur Überprüfung von sozialen Leistungsgesetzen des Bayerischen Landkreistages aus dem Jahr 1998 endlich umsetzt, und er ein eigenes Leistungsgesetz im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung mit einer angemessenen Beteiligung des Bundes und der Länder an diesen Kosten schafft.

Vom Freistaat Bayern wiederum erwarten die bayerischen Landkreise, dass im Doppelhaushalt 2005/2006 die Leistun-

gen des Art. 15 um jährlich 200 Mio. Euro aufgestockt werden und die im Beschluss der Bayerischen Staatsregierung angestrebte Verbesserung des durchschnittlichen Personalschlüssels in der Pflege auf 1 : 2,2 nicht umgesetzt, sondern der Schlüssel von gegenwärtig 1 : 2,4 wieder auf 1 : 2,8 zurückgeführt wird. Anzustreben sei die Unterbringung im Zweibettzimmer.

Mehrbelastungen ausgleichen

Die Zusammenführung der Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe darf die Landkreise und kreisfreien Städte auch nach Ansicht von Sozialministerin Christa Stewens finanziell nicht benachteiligen.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Konnexitätsprinzip ist umgesetzt	Seite 2
Pakt für die Kommunen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Wir brauchen vollziehbare, schlüssige Gesetze	3
Kommunalpolitische Tagung des LBE	3
Ländliche Entwicklung über Grenzen hinweg	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 10
Kommunalfahrzeuge	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände:

Konnexitätsprinzip ist umgesetzt

Konsultationsvereinbarung beschlossen - Ausgleich von Mehrbelastungen

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände haben am 21. Mai die Konsultationsvereinbarung zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips unterzeichnet. Die Vereinbarung sichert den Kommunen einen frühzeitigen Einfluss auf alle kostenwirksamen Vorhaben der Staatsregierung zu. Sie bedeutet im Ergebnis eine massive Stärkung der Kommunen.

Mit der Vereinbarung sind Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände einem Verfassungsauftrag nachgekommen, der zusammen mit dem strikten Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert wurde. Staatsminister Erwin Huber: „Mit dieser Vereinbarung wird sichergestellt, dass die kommunalen Spitzenverbände frühzeitig in den Entscheidungsprozess eingebunden und ihre Beteiligungsrechte verbessert werden. Damit bekommt Bayern die kommunalfreundlichste Umsetzung des Konnexitätsprinzips in Deutschland und die Kommunen einen wirksamen Schutz vor finanziellen Mehrbelastungen bei Aufgabenübertragungen.“

Kommunen sind beteiligt

Die Tragweite der Vereinbarung bringt bereits die Präambel

zum Ausdruck. Dort ist festgehalten, dass durch die Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips in der Bayerischen Verfassung „die verlässliche und faire Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und den bayerischen Kommunen auf eine neue Grundlage gestellt worden ist.“

Tatsächlich durchzieht die Konsultationsvereinbarung den gesamten Tätigkeitsbereich der Staatsregierung. Sie muss die kommunale Seite in einem bislang nicht gekannten Ausmaß an kostenrelevanten Entscheidungen beteiligen. Dreh- und Angelpunkt der Konsultationsvereinbarung sind die Kostenfolgeabschätzung und ein eventueller Ausgleich der

Mehrbelastungen. Bei neuen staatlichen Vorhaben muss das federführende Staatsministerium die Kosten einschätzen und angeben, wie Mehrbelastungen ausgeglichen werden. Die kommunalen Spitzenverbände bekommen regelmäßig sechs Wochen Zeit zur Stellungnahme. Stimmen sie der Kostenfolgen-

Art. 83 Absatz 7 Satz 2 der Bayerischen Verfassung lautet: Die Staatsregierung vereinbart zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips (Abs. 3) ein Konsultationsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden.

abschätzung nicht zu, muss das zuständige Staatsministerium ein Kostenabstimmungsgespräch durchführen. Kommt es zu keiner Einigung, bleibt

der staatlichen Seite nichts anderes übrig, als die abweichende Haltung der kommunalen Seite einschließlich der Gründe zu dokumentieren. Der Landtag kann sich zwar über die Bedenken hinwegsetzen. Er läuft dann aber

Gefahr, dass die Kommunen vor dem Verfassungsgericht eine Verletzung des Konnexitätsprinzips geltend machen.

Verlässliche Partnerschaft

Das Konsultationsverfahren dient freilich dazu, dass es erst gar nicht soweit kommt. Der Gedanke der Partnerschaft steht im Vordergrund. Hervorgehoben wird in der Vereinbarung weiter, dass das Konnexitätsprinzip von der Finanzkraft der Kommune unabhängige Ausgleichsregelung neben die allgemeinen Bestimmungen zur Absicherung einer finanziellen Mindestausstattung der Kommunen durch originäre kommunale Einnahmen sowie den kommunalen Finanzausgleich tritt. Damit ist ein Nullsummenspiel dergestalt ausgeschlossen, dass der Staat die zur Finanzierung der zum Ausgleich für Mehrbelastungen der Kommunen notwendigen Haushaltsmittel aus dem kommunalen Finanzausgleich nimmt.

Die Konsultationsvereinbarung steht in der Rubrik Mitgliederservice unter www.bay-staedtetag.de.

IBSt

Kabinettschließt Eckpunkte:

Pakt für Kommunen

Das bayerische Kabinettschließt unter Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Eckpunkte eines „Pakts für die Kommunen“ beschlossen. Die bayerischen Kommunen sollen damit mehr Freiheiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erhalten. Dazu gehören auch Einsparmöglichkeiten für die Kommunen auf der Ausgabenseite.

Ein wichtiger Bestandteil des Pakts ist die Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Ein weiterer wichtiger Bestandteil soll ein von Innenminister Dr. Günther Beckstein vorgelegter Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalrechts sein, den das Kabinettschließt nach Durchführung der Vernehmbarung behandelt hat. Er enthält eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die die Kommunen entlasten und ihre Handlungsspielräume vergrößern sollen:

- Erleichterungen für die Kommunen enthält der Gesetzentwurf unter anderem für den Haushaltsvollzug in Zeiten der Haushaltsanpassung. Der in den Kommunalgesetzen verlangte Haushaltsausgleich stelle eine steigende Zahl von Kommunen vor kurzfristig kaum lösbare Schwierigkeiten. Beckstein: „Hier brauchen wir schnelle Abhilfe.“ Wenn eine Kommune darlege, wie und bis wann ein

ordnungsgemäßer Haushalt aufgestellt werden kann, kann sie künftig in besonderen Fällen Kassenkredite über den zuletzt festgesetzten Höchstbetrag hinaus aufnehmen. Reichen die Mittel für die Fortsetzung von Bauten, Beschaffungen und sonstigen Leistungen des Vermögenshaushalts nicht aus, darf die Kommune nach dem Gesetzentwurf Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen über das bisher schon Zulässige hinaus aufnehmen.

Tarifverträge lockern

- Darüber hinaus, soll die enge Bindung der Kommunen an Tarifverträge gelöst werden. Das geltende Kommunalrecht verpflichtet die Kommunen zur Zahlung von angemessenen Vergütungen; angemessen sind sie, wenn sie den Tarifverträgen für Angestellte und Arbeiter ent-

AKDB-Direktor Klaus Eichhorn verstorben

Der langjährige Geschäftsführende Direktor der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), Klaus Eichhorn, ist am 22. Mai überraschend im Alter von 62 Jahren verstorben. Trotz längerer Krankheit kam sein Tod für alle überraschend. Am 1. Mai erst war Eichhorn in den vorzeitigen Ruhestand getreten.

Klaus Eichhorn begann nach Abschluss der juristischen Staatsexamina seine berufliche Laufbahn in der inneren Verwaltung des Freistaates Bayern. Seit 1976 war er für die AKDB in führenden Positionen tätig. Ab 1989 leitete der Verstorbene als Geschäftsführender Direktor die AKDB mit unternehmerischem Weitblick und großem Erfolg.



In der „Ära Eichhorn“ zeichnete das Unternehmen eine kontinuierliche und beachtliche Aufwärtsentwicklung. Bereits kurze Zeit nachdem Klaus Eichhorn Chef der AKDB wurde, führte er die Grundsatzentscheidung herbei, die EDV-Verfahren für nahezu

alle Kernbereiche der Kommunalverwaltung als moderne Dialogverfahren zu entwickeln. Dieses gewaltige Entwicklungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von nahezu hundert Millionen Euro zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Amtszeit des Verstorbenen und wurde den neuen Herausforderungen flexibel und zügig angepasst. Erwähnenswerte Beispiele hierfür sind die vielfältigen eGovernment-Aktivitäten und die Realisierung eines neuen kommunalen Finanzwesens auf der Basis des kaufmännischen Rechnungswesens.

Dieses langfristig und breit angelegte Entwicklungskonzept führte zu den modernen Fachverfahren der „OK“ („Offen Kommunal“-Familie). Die Lösungen stehen heute für den Melde-, Wahl-, Finanz-, Sozial-, Jugend- und Verkehrsbereich sowie das Ausländer- und Bauwesen bereit. Sie sind die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die AKDB bundesweit zu den bedeutendsten Softwareanbietern für Städte, Gemeinden und Kreise zählt.

In einem Nachruf würdigte die AKDB Klaus Eichhorn als beeindruckende Persönlichkeit, die über eine umfassende Kompetenz und hohe soziale Verantwortung verfügt habe. Das Unternehmen sei ihm zu großem Dank für seine außerordentlichen Verdienste verpflichtet. Man werde alles tun, um die AKDB in seinem Sinne weiterzuführen. Als Nachfolger wurde der langjährige Stellvertreter des Verstorbenen, Alfred Trageser, berufen.

DK

GZ lädt zur 8. Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung:

Virtuelle Behörde erneut in Garching

Um „Sicherheit im Cyber-Crime“ geht es am 1. Juli 2004 im Garchinger Bürgerhaus, wenn die Bayerische Gemeindezeitung zum achten Mal zur „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ einlädt. Die schweren Attacken, denen öffentliche und private User in jüngster Zeit ausgesetzt waren, haben alle anderen Themen auf die Plätze verwiesen. Trotzdem wird in Garching genügend Zeit und Raum vorhanden sein, wieder die neuesten Hard- und Software-Produkte für Behörden zu zeigen.

Das sind die Themen:

- Archivierung
- Baugenehmigungsverfahren
- Behördenanwendungen
- Behörden-Intranet
- Bürger und Amt im Internet
- Bürgerinformationssysteme
- Bürgerservice
- Content Management
- Dienstleistungen für Bürger
- Digitale Flurkarte
- Digitale Signatur
- Dokumente und Formulare
- Drahtlose Anbindungen
- e-procurement
- Einsparpotenziale
- Elektronische Ausschreibung
- Facility-Management
- Finanzierungsmöglichkeiten
- Geo-Informationssysteme
- Geoportale
- Gewerbeflächenmanagement
- Hausinterne Prozesse
- Internet aus der Steckdose
- Internet/Intranet
- Kameralistik versus Doppik
- Katasteramt
- Kostensenkung
- Leasing
- Liegenschaftsamt
- Netzwerke
- Portale
- Risiko-Management
- Sicherheit
- Sitzungsdienste
- Verkehrskontrollen
- Verteilte Datenhaltung
- Verwaltung von Vereinen
- u.v.m.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Heidecker
97342 Obernbreit
am 8.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Leopold Hackenspieler
93413 Cham
am 7.6.

Bürgermeister
Johann Tiefenbeck
84189 Wurmsham
am 20.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Lidl
82490 Farchant
am 12.6.

Bürgermeister Rudolf Schenk
83342 Tacherting
am 15.6.

Bürgermeister
Hans-Jürgen Neumann
87737 Boos
am 23.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Frenzl
95173 Schönwald
am 7.6.

Bürgermeister Xaver Eggl
84082 Laberweinting
am 12.6.

Bürgermeister Dieter Distler
91572 Bechhofen
am 13.6.

Bürgermeister
Roland Lewandowski
97355 Kleinlangheim
am 13.6.

Bürgermeister Peter Riedel
96258 Weismain
am 16.6.

Bürgermeister Quirin Meisinger
83134 Prutting
am 18.6.

Bürgermeister Quirin Meisinger
83134 Prutting
am 18.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Elmar Henke
97334 Sommerach
am 8.6.

Bürgermeister Manfred Porsch
95469 Speichersdorf
am 10.6.

Bürgermeister Richard Knaier
97618 Niederlauer
am 16.6.

Bürgermeister Josef Beimler
92727 Waldthurn
am 19.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Ockel
85614 Kirchseeon
am 15.6.

Bürgermeister Hans Holzmeier
83135 Schechen
am 18.6.

Kostenausgleich auf Bezirksebene

Unterschiedliche Belastung durch Kontingentsflüchtlinge im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen

Angesichts der Ungewissheit, wie der Staatshaushalt für 2005/2006 aussehen wird, über den derzeit zwischen Finanzminister und Ministerien verhandelt wird, hat der Landtag die Staatsregierung aufgefordert, im kommunalen Finanzausgleich „die unterschiedlichen Belastungen der einzelnen Bezirke mit den Kosten der Sozialhilfe für Kontingentsflüchtlinge beim Verteilungsschlüssel für die Bezirke ab 2005 zu berücksichtigen und auszugleichen“.

Der entsprechende CSU-Antrag zielt darauf ab, den Bezirken vorweg den Ausgleich zuzusichern; vorausgesetzt, die Bezirke erbringen rechtzeitig einen „belastbaren Nachweis für die entsprechenden Kosten“. Bei dem geplanten neuen Verteilungsschlüssel müssten diese Belastungen „angemessene Berücksichtigung“ finden.

Arbeitsgruppe

Im Kommunalausschuss erläuterte Herbert Ettengruber für die Antragsteller und als Berichterstatter, es gehe nicht um zusätzliche Gelder sondern um deren unterschiedliche Verteilung. Die Kontingentsflüchtlinge seien schwerpunktmäßig und nicht

gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Im Vollzug des Nachtragshaushalts 2004 gehe es um entsprechende Anteile aus dem im Finanzausgleich zusätzlich bereitgestellten 140 Millionen Euro. Die Neuverteilung der Flüchtlingsmittel solle durch eine Arbeitsgruppe der Bezirkstage geregelt werden.

Für die SPD lehnte Helga Schmitt-Bussinger, die stellvertretende Vorsitzende des Kommunalausschusses, den CSU-Antrag ab. Es sei nicht nur die Aufgabe des Freistaats, den Verteilungsschlüssel zu ändern, er müsse vielmehr die Kosten für die Kontingentsflüchtlinge zu 100 Prozent übernehmen. Auch die Grünen sagten nein zum CSU-Antrag.

sprechen. Beckstein: „Diese Vorgaben für die Arbeitsbedingungen und Vergütungen der Angestellten und Arbeiter sind angesichts der schwierigen Finanzlage vieler Kommunen zu eng gefasst. Deshalb wollen wir den Handlungsspielraum der Kommunen als Arbeitgeber erweitern und Abweichungen ermöglichen. Eine rechtsaufsichtliche Kontrolle der Angemessenheit der Vergütung ist dabei selbstverständlich gewährleistet.“

Der Gesetzentwurf führt in das bayerische Kommunalrecht ferner ein neues Instrument zur Förderung kommunaler Kooperationen ein: das gemeinsame Kommunalunternehmen. Damit wird die Entwicklung eines modernen kommunalen Unternehmensrechts fortgesetzt, die 1995 mit der Einführung des Kommunalunternehmens (Anstalt des öffentlichen Rechts) als neuer und mittlerweile sehr erfolgreicher Rechtsform begonnen hatte.

Gemeinsames Kommunalunternehmen

Im gemeinsamen Kommunalunternehmen können nun mehrere Kommunen ohne Zwischenschaltung eines Zweckverbands zusammenarbeiten. Es ist ein Beitrag zur Verwaltungvereinfachung und zur Erhaltung des hohen Standards kommunaler Daseinsvorsorge in Bayern z.B. in der noch sehr kleinräumigen und auf verbesserte Kooperation angewiesenen kommunalen Trinkwasserversorgung.

Die Gemeinden sollen künftig die Möglichkeit erhalten, eine Zweitwohnungssteuer zu erheben. Damit können sie die Inhaber von Zweit- und Ferienwohnungen stärker an der Finanzierung der örtlichen Infrastruktur beteiligen. Allerdings sollen sie dazu nicht verpflichtet sein und bei Nichterhebung auch keine

Nachteile etwa bei der Zuteilung von Fördermitteln oder beim kommunalen Finanzausgleich erleiden. „Damit stärken wir die Selbstverwaltung der Kommunen und eröffnen ihnen bei der Erzielung von Einnahmen größere Handlungsspielräume“, so Beckstein.

Grundsatz der Sparsamkeit

In die Kommunalgesetze soll zudem ein aus dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit abgeleitetes allgemeines Gebot der Minimierung finanzieller Risiken aufgenommen werden.

Ferner hat der Ministerrat beschlossen, bei 87 bayerischen Gemeinden künftig auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe im Sozialen Wohnungsbau zu verzichten. Die Fehlbelegungsabgabe müssen Mieter einer öffentlich geförderten Wohnung bezahlen, wenn sie die Einkommensgrenze des Sozialen Wohnungsbaus um mehr als 55 % überschreiten. Die Fehlbelegungsabgabe wurde bisher in 251 bayerischen Gemeinden erhoben. Beckstein: „Bei diesen 87 Gemeinden steht der Verwaltungsaufwand für die Erhebung der Abgabe in keinem vernünftigen Verhältnis zu den geringen Einnahmen. Deshalb werden sie von dieser Aufgabe entlastet.“

Die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe entfällt künftig in den kreisfreien Städten Amberg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Würzburg, Straubing und Kempten (Allgäu), in den Städten und Gemeinden Germering, Landsberg am Lech, Waldkraiburg und Vaterstetten, die selbst Erhebungsstellen sind, sowie in den Gemeinden in den Landkreisen Dachau, Freising (ohne Große Kreisstadt Freising), Fürstentum, Nürnberger Land und Rottal-Inn.

Wissenschaftsminister Goppel beim Kontaktkreis Politik - Wissenschaft - Kultur:

„Je Geld, desto Kunst?“

Mit dem Thema „Je Geld, desto Kunst?“ befasste sich Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel in seinem Vortrag beim Kontaktkreis Politik - Wissenschaft - Kultur in München. Dabei machte Goppel darauf aufmerksam, dass er bei den jüngsten Haushaltsberatungen der Bayerischen Staatsregierung dafür gesorgt habe, „dass es in besonders sensiblen Bereichen keinen Kahlschlag gibt“.

Intern habe er deshalb vorgegeben, die nichtstaatlichen Theater, die nichtstaatlichen Orchester und die Musikschulen von den Kürzungen auszunehmen, erklärte der Minister. Andernfalls hätten angesichts der finanziellen Situation der Kommunen mindestens drei Theater in Bayern ganz oder spartenweise zu sperren müssen, mehrere Orchester wären in ihrem Bestand akut gefährdet gewesen, eine ganze Reihe von Musikschulen zwischen Aschaffenburg und Freilassing wäre gekippt. All dies habe vermieden werden können.

Medienstandort Bayern

Wer sich allerdings daran gewöhnt habe, die Qualität von Kulturpolitik ausschließlich daran zu messen, „wie viele nagelneue Museen der zuständige Ressortminister in wie viel Jahren eröffnen kann, wird an der Kulturpolitik der nächsten Jahre nicht viel zu loben haben“, fuhr Goppel fort. Gesichert scheine derzeit allenfalls der Neubau des Museums Brandhorst. Hier gebe es bindende Verträge. Gute Chancen habe auch der Neubau der Hochschule für Fernsehen und Film, wobei es hier um nicht weniger als die Zukunft des Medienstandorts Bayern gehe.

Goppel: „Letztlich wird man

zugeben müssen, dass die expansiven Zeiten auch im Kunstbereich erst einmal und auf absehbare Zeit vorbei sind.“

Keine Sonderopfer

„Wir werden in den nächsten Jahren nicht mehr Geld zur Verfügung haben, wie dies in den letzten Jahrzehnten mit einem gewissen Automatismus jedes Jahr der Fall war, sondern eher weniger“, betonte Goppel. In einer Zeit, in der auch Sozialleistungen zurückgefahren werden müssten, müsse deutlich werden, „dass Kunst und Kultur als Teil dieser Gesellschaft ihren Verzichtbeitrag leisten, wo und soweit dies erforderlich ist“. Die Kunst müsse Opfer bringen, aber keine Sonderopfer.

Know-how des Sparens

Nirgendwo scheine dies unumstrittener zu sein als unter den Kulturschaffenden selbst, so Goppel. Während in den vergangenen Wochen und Monaten so ziemlich jede von den Sparmaßnahmen betroffene gesellschaftliche Gruppierung lauthals gegen die angekündigten Zumindehnungen demonstriert habe, sei es im Kunstbereich vergleichsweise ruhig geblieben. Gerade weil dieser Sektor die fetten Jahre

schon lange hinter sich habe, verfüge er auch auf dem Gebiet des Sparens längst über ein Know-how, das unter allen Umständen genutzt werden sollte. Goppel: „Wir sollten uns gemeinsam mit den Kunstleuten darüber unterhalten, ob die vorhandenen Strukturen sinnvoll und effizient sind oder ob Alternativen denkbar wären, die nicht nur effizienter, sondern möglicherweise auch noch kostengünstiger wären. Dies kann die Politik anstoßen und begleiten, sie braucht dazu aber in jedem Fall die Kooperationsbereitschaft der Betroffenen.“

Entsprechende Gespräche seien eingeleitet, mit ersten Ergebnissen in Form von konkreten Handlungskonzepten rechnet der Minister noch in diesem Jahr. Theater, Museen und Kunsthochschulen hätten hierzu drei Komplexe zu bearbeiten: Sach- und Bewirtschaftungskosten, Personaltableau und schließlich Strukturmaßnahmen.

Lange Zeit war es Goppel zufolge kein Thema, wer sich um die Förderung welcher Kunstbereiche kümmern sollte. Die Aufgabenverteilung zwischen Kommunen, Ländern und Bund war nicht zuletzt durch das Grundgesetz - klar und offenbar für alle

4. Kommunalpolitische Tagung des LBE in Tutzing:

Vorausschauende Planung und gemeinsames Handeln

Leer stehende Geschäfte, gleichförmige Einkaufsstraßen und wachsende Konkurrenz durch Einkaufszentren auf der grünen Wiese - dies sind die Probleme mit denen die Innenstädte seit Jahren zu kämpfen haben. Die 4. Kommunalpolitische Tagung des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE) in Tutzing hat auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen zahlreiche Vertreter von Handel und Kommunen zusammengeführt. LBE-Vorsitzender Michael Krines: „Eine attraktive Innenstadt ist kein Zufallsprodukt, sondern erfordert eine vorausschauende Planung und das gemeinsame Handeln von Politik, Verwaltung und Wirtschaft.“

Die Kommunalpolitische Tagung des LBE stand in diesem Jahr unter dem Motto „Innenstadt und Einzelhandel - eine Symbiose“. Dabei machte Krines in seiner Begrüßungsrede vor den über 130 Vertretern von Handel und Kommunen deutlich, dass diese Partnerschaft schweren Belastungen ausgesetzt ist. Die Abwanderung des Handels in die Peripherie, die Nachfrageschwäche und die schlechte Lage der kommunalen Finanzen hinterlassen deutliche Spuren. „Nur wenn es den Innenstädten gut geht, dann geht der ganzen Stadt gut. Deshalb gehört zu einer lebendigen Innenstadt neben Dienstleistungen und Gastronomie auch ein attraktives Warenangebot.“

Umfassende Deregulierung

Innenstaatssekretär Georg Schmid würdigte in seiner Rede die besondere Bedeutung der Partnerschaft zwischen Handel und Innenstadt. Die Innenstädte seien seit Jahren besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Mit Blick auf die anstehende Novellierung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) sprach sich Schmid für eine umfassende Deregulierung aus. „Das LEP muss entstaubt und deutlich schlanker werden.“ Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Innenstadt und grüner Wiese mahnte er eine bessere interkommunale Abstimmung an. „Die Verführung, einem An siedlungswunsch eines Investors auf der grünen Wiese nachzugeben, ist groß. Da ist schon manch ein Bürgermeister schwach geworden.“ Die Folgen von fatalen Entscheidungen, Einzelhandels-

Zeiten geregelt. Diese Zeiten seien vorbei. Die finanzielle Situation der Kommunen habe dazu geführt, dass die Basis kulturellen Lebens wie beispielsweise in Würzburg, Hof oder Augsburg in höchstem Maße gefährdet erscheint.

Schrottplatz gescheiterter Reformvorhaben

In dieser äußerst schwierigen Situation befließigt sich der Bund laut Goppel „einer Guts herrenattitüde, die den Charme der Kanonenboot-Diplomatie Wilhelms II. versprüht“. Für Wohlverhalten gebe es Geld, ansonsten werde die Zusammenarbeit gekündigt. „Wenn die Bundesregierung jetzt das Mitwirkungsabkommen an der Kulturstiftung der Länder gekündigt hat, damit sie den 8-Millionen-Euro-Beitrag des Bundes auf die Mühen der müde dahindümpelnden Bundeskulturstiftung umleiten kann, so bleibt aus unserer Sicht zu sagen: Spätestens nach den Wahlen 2006 wird dies rückgängig gemacht werden“, betonte der Minister. Die Kulturpolitik des Bundes füge sich harmonisch in den „Schrottplatz gescheiterter Reformvorhaben“, den diese Bundesregierung angesammelt habe. Dies ändere aber nichts daran, dass man sich über die Aufgabenverteilung im Bereich der Kulturförderung Gedanken machen müsse und machen werde. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

Haide Heuss

Zwischenzeitlich sind wir es ja gewöhnt, von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen mit Gesetzen beglückt zu werden, die entweder kaum vollziehbar oder in sich nicht schlüssig sind. Die Regelungen zu „Hartz IV“ sind dafür das beste Beispiel.

Es gibt aber noch andere derartige fragwürdige Leistungen. Das Jugendschutzgesetz vom 23.07.2002 gehört auch dazu. So ist dort zum Beispiel in § 4 Abs. 1 geregelt, dass der Aufenthalt in Gaststätten Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren nur gestattet werden darf, wenn eine personensorgeberechtigte oder erziehungsbeauftragte Person sie begleitet.

Dann allerdings kommt bereits die Ausnahme, die festlegt, dass sie sich dann dort aufhalten dürfen, wenn sie in der Zeit zwischen 5.00 Uhr und 23.00 Uhr eine Mahlzeit oder ein Getränk einnehmen! Es wird sich ja wohl kaum jemand in eine Gaststätte setzen, und weder etwas trinken oder essen! Damit ist dem Gaststättenbesuch Tür und Tor geöffnet. Genauso verhält es sich mit der Abgabe alkoholischer Getränke, die an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren untersagt sind. Dies gilt allerdings nicht, wenn sie von einer personensorgeberechtigten Person begleitet werden. Dann ist offenbar der



Schutz vor Alkohol nicht mehr so wichtig.

In § 11 ist festgehalten, dass bei öffentlichen Filmveranstaltungen mit Filmen, die für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren freigegeben und gekennzeichnet sind, Kinder der dann ab sechs Jahren teilnehmen dürfen, wenn sie von einer personensorgeberechtigten Person begleitet werden. Der Zweck, Filme für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren zu beschränken, wird ja nicht dadurch gegenstandslos, dass kleine Kinder begleitet sind!

Auch dieses Gesetz zeigt die „gesetzgeberische Kompetenz“ der gegenwärtigen Mehrheit im Deutschen Bundestag. Der Wechsel ist überfällig, die Wahl des neuen Bundespräsidenten am 23. Mai war hoffentlich dazu der Anfang.

Luitpold Braun

Sechsmal Gold für Bayerns schönste Dörfer

Die Landessieger beim 21. Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ stehen fest: Sechsmal Gold ging an die Dörfer Großziegenfeld im Landkreis Lichtenfels, Kirchschoring im Landkreis Traunstein, Loiching im Landkreis Dingolfing-Landau, Lupburg im Landkreis Neumarkt i. d. Opf., Rampsau im Landkreis Regensburg und Schützing im Landkreis Deggendorf.

Sie dürfen den Freistaat beim Bundesentscheid im Sommer vertreten. Zehn Ortschaften erhalten Auszeichnungen in Silber, sechs in Bronze. Dies hat Landwirtschaftsminister Josef Miller in München mitgeteilt. Eine Kommission aus Vertretern verschiedener Behörden, Verbände und Institutionen hatte zuvor die 22 Siegerdörfer der Vorentscheidung auf Landkreis- und Bezirksebene begutachtet. An dem Wettbewerb, der alle drei Jahre stattfindet, hatten sich 973 bayerische Dörfer beteiligt. Die Ehrung der Gold-, Silber- und Bronzedörfer ist am 13. November im mittelfränkischen Schwannsteden geplant.

Bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns

Der Dorfwettbewerb ist laut Miller die „wohl bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns“. Mit großem Gemeinschaftssinn werde die Attraktivität und Qualität des ländlichen Lebensraumes erhalten und zukunftsgerichtet gestaltet. So sei es in allen Dörfern gelungen, wertvolle ökologische, wirtschaftliche und soziale Impulse zu setzen. Schwerpunkte sind laut Miller die dorfgerechte konzeptionelle, bauliche und denkmalpflegerische Entwicklung, die ökologische Gestaltung und Vernetzung von Dorf und Landschaft sowie die Förderung des Gemeinschaftslebens.

Das sind die Sieger:

Gold erhielten: Großziegenfeld, LK Lichtenfels, Kirchschoring, LK Traunstein, Loiching, LK Dingolfing-Landau, Lupburg, LK Neumarkt i. d. Opf., Rampsau, LK Regensburg, Schützing, LK Deggendorf, **Silber erhielten:** Böhmfeld, LK Eichstätt, Fabrikschleichach, LK Haßberge, Großenzenried, LK Cham, Gundelsheim, LK Weißenburg-Gunzenhausen, Isaar, LK Hof, Langenstadt, LK Kulmbach, Langerringen, LK Augsburg, Pfatter, LK Regensburg, Trunstadt, LK Bamberg, Wondreb, LK Tirschenreuth **Bronze erhielten:** Büchold, LK Main-Spessart, Ohrenbach, LK Ansbach, Reimlingen, LK Donau-Ries, Solnhofen, LK Weißenburg-Gunzenhausen, Steinbach a. d. Haide, LK Kronach, Wotzmannsreut, LK Freyung-Grafenau.

Nachtrag zu GZ 9

Die Autorin unseres Artikels „Industriedenkmäler bieten große Zukunftschancen“ auf Seite 12 ist Dr. Dagmar Everding. Wir bitten das Versäumnis zu entschuldigen.

Theater fordern Erhalt kommunaler Strukturen

Der Deutsche Bühnenverein lehnt eine Zentralisierung der Kulturpolitik in Deutschland ab. „Eine schleichende Verlagerung von Kompetenzen in diesem Bereich auf den Bund ist nicht in unserem Sinne“, sagte Bühnenverein-Direktor Rolf Bolwin in Regensburg nach der Jahreshauptversammlung des Verbandes, an der 220 Intendanten, Politiker und Theater-Verwaltungschefs teilnahmen. Der Bühnenverein forderte, dass Städte und Länder finanziell so ausgestattet werden, dass sie die bisherigen kommunalen Theaterstrukturen weiter erhalten können. „Kunst ist ein elementarer Bestandteil unseres Lebens“, erklärte Bolwin. Das weit gefächerte Theatersystem mit vielen städtischen Bühnen in der Bundesrepublik sei auch im europäischen Vergleich vorbildlich. **DK**

Neuheiten aus der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:

Ein Bestseller der weiß-blauen Politschmiede

Infos über die Europawahl am 13. Juni
Neuer Sammelband „Parteien in Deutschland“

Den 50. Jahrestag des „Wunders von Bern“ war für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Anlass, eine durch Photos und Karikaturen illustrierte Dokumentation (A 117) mit dem Titel „Fußballweltmeisterschaft 1954 Sport Geschichte Mythos“ ihren Stammkunden, den sogenannten Multiplikatoren, voran den Lehrern, zur Hand zu geben.

Das knapp 200seitige Buch, vom Privatdozenten an der LMU, Dr. Thomas Raithel bearbeitet und kommentiert, ist sicher ein interessantes Nachschlagewerk auch für Sportfans. Aber die Landeszentrale und ihr Leiter Dr. Peter März wollen mit den detaillierten Aufzeichnungen erkennen lassen, wie schnell Erfolge bei internationalen Wettbewerben Blüten in einem überschäumenden Patriotismus treiben lassen. Nachdem der damalige DFB-Präsident Peco Bauwens während einer Feier in München ausgerufen hatte, die Jungens hätten in Bern gezeigt, was ein gesunder Deutscher vermag, hatte das im Ausland Erinnerungen an die NS-Zeit wachgerufen.

Deutlich abgewogener waren die Reden des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard und des ersten Bundesprä-

sidenten Theodor Heuss, im Wortlaut nachzulesen.

56 gestrichene Mandate

Zur Neuwahl der Straßburger Abgeordnetenversammlung bietet die Landeszentrale, die dem Kultusministerium zugeordnet ist, ein Faltblatt an, das Einblick in die Struktur des künftig auf 732 Mitglieder erweiterten Parlamentes gibt. Die Vertreter der zehn Neulinge haben zunächst ein nur eingeschränktes Mitspracherecht. Die alten EU-Staaten haben eine um 56 auf 626 Mandate zurückgeschraubte Repräsentation.

Bereits in 11. Auflage liegt jetzt ebenfalls die Publikation „Die politische Ordnung in Deutschland“ vor. Es ist eine aktualisierte Neufassung mit den innenpolitischen Veränderungen zu Gunsten der Union seit der Bundestagswahl 2002. **mhb**

6. Bürgermeistertag der SPD-Landtagsfraktion:

Kommunen fordern mehr Rechtssicherheit

Fragen der Daseinsvorsorge auf bayerischer und europäischer Ebene
Wasser darf nicht privatisiert werden

Die Sorgen um das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen waren das Thema des 6. Bürgermeister- und Landrätetages der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum. Es ging im Vorfeld der Europa-Parlamentswahl am 13. Juni sowohl um die europäische Ebene und ihre Neuordnung nach der Erweiterung auf Grund der noch umstrittenen EU-Verfassung als auch um das Verhältnis zwischen dem Freistaat und seinen Kommunen.

Ohne förmliche Beschlüsse brachten die rund 100 Teilnehmer, vor allem Bürgermeister, zum Ausdruck, dass sie im Spannungsverhältnis zwischen Staat und Wettbewerb Rechtssicherheit für ihre Selbstbestimmung nach dem Konnexitätsprinzip erwarten. Landes- und Bundesregierung wurden aufgefordert, in diesem Sinn zu handeln.

Entlastung vom Bund muss sichergestellt sein

Fraktionsvorsitzender Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger als kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion sowie die Abgeordneten Dr. Thomas Beyer und Wolfgang Hoderlein gingen erneut massiv mit der Politik der Regierung Stoiber ins Gericht. Das gegen jahrelangen Widerstand der CSU endlich in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip werde durch die Staatsregierung praktisch konterkariert, wenn sie einerseits den Staatshaushalt ab 2006 ohne Neuverschuldung aufstellen wolle, andererseits rigorose Kürzungen ihrer Mittel für die Kommunen vornehme.

Zur Bundespolitik betonte Maget, es gebe hier nicht die

gleichen direkten Beziehungen zu den Kommunen wie im Land. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach dem „Hartz IV“- Gutachten könne es nur geben, wenn die von der Bundesregierung versprochene Entlastung der Städte, Kreise und Gemeinden um 2,5 Milliarden Euro komme.

Kommunale Aufgaben

Breiten Raum in den Kurzreferaten der Abgeordneten, darunter der SPD-Europa-Parlamentarier Wolfgang Kreissl-Dörfler, nahmen die Daseinsvorsorge als kommunale Aufgabe ein. Vor allem die Wasserversorgung dürfe nicht einem „Privatisierungs- und Liberalisierungs-Fanatismus“ geopfert werden, wie das auf europäischer Ebene in einigen Ländern schon geschehen sei. Aber auch Strom und öffentlicher Personenverkehr müssten kommunale Aufgaben bleiben, wobei es die Kommunen entscheiden könnten, ob sie diese in eigener Verantwortung, in Verbänden oder durch Verträge mit Privatunternehmen leisten.

Kreissl-Dörfler berichtete über das am 12. Mai von der Europäischen Kommission vorgelegte

Weißbuch zu Dienstleistungen. Es sei zwar „recht ausgewogen“ formuliert, bleibe jedoch in den einzelnen Bereichen „sehr vage“. Das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt „ist nicht aufgelöst worden“; es müsse also nach wie vor abgewogen werden. Abzuwarten bleibe auch die weitere Diskussion um die Verfassung der Gemeinschaft. Die EU-Kommission stelle zwar das Subsidiaritätsprinzip heraus und übertrage Nationalstaaten, Regionen (Ländern) und Kommunen dafür gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen, lasse aber auch Private zur Erbringung dieser Dienstleistungen zu. Ein von der EU-Kommission eingesetztes Fachgremium werde bis Ende des Jahres in diesem Sinne eine „Bewertung des Wassersektors“ vorlegen. Aus dem Wettbewerb ausgeschlossen werden demnach Sozialdienstleistungen und Krankenhäuser.

Sparkassen nicht verkaufen

Die Aufgabe von Sparkassen und Banken als Kreditgeber der Wirtschaft und der Kommunen wurde von Theo Harnischmacher, Vorstandmitglied der Bayerischen Landesbank, zur Diskussion gestellt. Liberalisierung führe hier zu Monopolisierung, warnte er und wandte sich gegen den Verkauf von Sparkassen an Großbanken. Die Folge wäre der Rückzug aus der Fläche mit katastrophalen Folgen für

den Mittelstand. Der aber sei das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und damit auch der kommunalen Steuereinnahmen. Harnischmacher empfahl den Verbund zwischen Sparkassen.

Mehr Wettbewerb

Die Frage, ob die Kommunen in den Sektoren Wasser, Energie und Verkehr letztlich auf der Strecke blieben, konnte Dr. Kurt Mühlhäuser, Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH, auch nicht abschließend beantworten. Der Wettbewerb werde durch die EU-Richtlinien intensiviert. Die Folge seien Preissenkungen, bei denen kommunale Unternehmen mitmachen müssten. Wer damit nicht frühzeitig genug anfangen, „wird Probleme bekommen“. München sei hier relativ gut dran; aber nicht einmal im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen sei es bislang gelungen, einen Verbund der Stadtwerke herbeizuführen. Auch Mühlhäuser forderte, Wasser vom Wettbewerb auszunehmen.

Die Diskussionsbeiträge bestätigten die von den SPD-Abgeordneten aufgezeigten Probleme an Hand örtlicher Erfahrungen. Die Aussprache blieb in der auf einen halben Tag begrenzten Veranstaltung relativ kurz. **rm**

werden“, um die Kommunen nicht im Stich zu lassen.

Landesplanung ist auch Wirtschaftsplanung

Die Landesentwicklung in der Verantwortung des Wirtschaftsministeriums stand im Mittelpunkt des zweiten Tages des Bayerischen Landkreistags. Dabei sprach sich Minister Otto Wiesheu dafür aus, das Landesentwicklungsprogramm zu verschlanken. Unnötige Vorschriften sollten aus dem Regelwerk verschwinden. Erhalten bleiben sollten aber die Regionalen Planungsverbände, die sich jedoch auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren hätten. Grundsätzlich sprach sich Wiesheu für eine wirtschaftlicher orientierte Landesplanung in Bayern aus, denn: „Landesplanung ist auch Wirtschaftsplanung.“

Künftig sollten bei der Landesplanung auch die Ansiedlung neuer Unternehmen, mehr Investitionen und die Wirtschaftsförderung eine Rolle spielen, erklärte Wiesheu. Kleine und auch mittlere Betriebe müssten Anreize zur Ansiedlung im ländlichen Raum erhalten. Der Minister warnte vor einer Abschaffung der Vergaberichtlinien für Bauaufträge der öffentlichen Hand, wie einige Landkreise dies fordern. Doch seien auch auf diesem Feld Vereinfachungen möglich, bemerkte Wiesheu.

Regionalmanagement

Theo Zellner sprach sich für eine stärkere Förderung des ländlichen Raumes aus. Grundsätzlich sei die geplante Verschlinkung des Landesentwicklungsprogramms zu begrüßen. Besonders liegt Zellner das Regionalmanagement am Herzen: „Auch wenn die Entwicklungsinitiativen unterschiedliche Gebietsgrößen erfassen, so erkennt man doch immer wieder, dass die Kreisebene die richtige Stelle ist, um derartige Projekte anzulegen, zu modernisieren oder umzusetzen.“ Der Landkreistagschef forderte erneut, Mitarbeiter der Landrätsämter zu sogenannten Regionalmanagern fortzubilden und eine zentrale Stelle unter dem Begriff „Bayern Regional“ einzurichten, die derartige Projekte wissenschaftlich begleitet. Die geplante Konkurrentenklage von Privatfirmen gegen wirtschaftliche Tätigkeiten der öffentlichen Hand lehnt der Landkreistag ab. **DK**

Fachtagung in Hof:

Ländliche Entwicklung über Grenzen hinweg

Was wäre Bayern ohne den ländlichen Raum? Dorferneuerung, Flurneuordnung und Regionale Landentwicklung leisten unentbehrliche Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes sowie zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger. Dabei kommt es zunehmend darauf an, über fachliche, geografische und administrative Grenzen hinweg zusammen zu arbeiten. Die diesjährige Fachtagung der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Hof stand daher unter dem Motto „Ländliche Entwicklung über Grenzen hinweg“.

Die erste Fachtagung in Hochfranken finde „zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort“ statt, betonte Hof's Oberbürgermeister Dieter Döhla. Er blickte zurück auf die Zeiten der Grenzöffnung, verwies besonders auf die Städtepartnerschaften mit Plauen und Eger sowie auf den Titel „kundenfreundlichste Stadt“. „Die Zukunftssicherung für die ländlichen Räume auch über Grenzen hinweg gehört zu den zentralen Aufgaben von Politik und Verwaltung“, bekräftigte Landwirtschaftsminister Josef Müller. Gerade angesichts der EU-Osterweiterung und zunehmender Globalisierung komme der Stabilisierung und Förderung des ländlichen Raumes eine herausragende Rolle zu.

Eckpfeiler der Agrarpolitik

Die Ländliche Entwicklung ist nach Millers Worten ein Eckpfeiler bayerischer Agrarpolitik. Die raumbezogenen Maßnahmen Dorferneuerung, Flurneuordnung einschließlich freiwilligem Land- und Nutzungsaustausch werden auf Initiative Bayerns in diesem neuen Fördergrundsatz zusammengeführt. Erweitert werden sie dabei um die Förderung von Regionalmanagement und ländlichen Entwicklungskonzepten.

Josef Mend, 1. Bürgermeister von Iphofen und Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, verwies darauf, dass das Thema der Fachtagung auch weit über den rein territorialen Ansatz hinweg verstanden werden muss. Neben den finanziellen Grenzen seien auch die politischen Grenzen der Gemeinde eingehender zu beleuchten. Als wichtigen Lösungsansatz nannte Mend hier den Versuch, über diese Grenzen hinauszugehen und Probleme, die von einer Gemeinde allein nicht mehr bewältigt werden können, mit anderen gemeinsam und damit oft kostengünstiger zu erledigen. Dabei stellten gerade die unterschiedliche Leistungsfähigkeit und die unterschiedlichen Qualitäten der Gemeinden eine große Chance dar. Auch die Grenze zwischen der Gemeinde - verstanden als Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik - und den Bürgerinnen und Bürgern müsse künftig noch durchlässiger werden, forderte Mend. Das zunehmende Desinteresse an politischen Themen und Entscheidungen auch gerade auf der kommunalen Ebene mache belustigend. In manchen Kommunen gebe nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Viele Gemeinderatssitzungen fänden auch im öffentlichen Teil ohne Öffentlichkeit statt. Die Bürgerinnen und Bürger nähmen oft gemeindliche Entscheidungen wahr, als würden sie von einer weit entfernten unbeeinflussbaren Instanz getroffen. Sie interessierten sich erst, wenn ihre eigenen partikularen Belange unmittelbar betroffen sind.

Um dies zu ändern, „werden wir Kommunalpolitiker in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger viel stärker in Entscheidungsprozesse eingliedern müssen, als dies bislang geschehen ist oder gesetzlich gefordert wird“, sagte der Bürgermeister.

Die gemeindlichen Entscheidungsprozesse müssten sich in diesem Zusammenhang auch für bürgerschaftliches Engagement öffnen, sie müssten durchschaubarer und für die Menschen greifbarer werden. „Dass dabei auch in den Verwaltungen lieb gewordene Praktiken aufgegeben und manche hergebrachten Grenzen überschritten werden müssen, dürfte auf der Hand liegen. Die moderne Dorferneuerung mit ihrem ganzheitlichen bürgernahen Ansatz kann dafür Lehrmeisterin sein“, so Mend.

Wunsiedels Landrat Dr. Peter Seißer, der in Vertretung für Landkreistagspräsident Theo Zellner nach Hof gekommen war, gratulierte der Verwaltung für Ländliche Entwicklung zu ihrer hervorragenden Arbeit. Die sehenswerten Ergebnisse der Dorferneuerungsverfahren und die Auszeichnung bayerischer Dörfer im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ seien dafür ein eindrucksvoller Beweis. Die aus der Flurbereinigung entstandene Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung habe zusammen mit Bürgern und Kommunen wesentlich dazu beigetragen, die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen des ländlichen Raums zu verbessern und zu erhalten. Ihre erfolgreiche Arbeit sei im ganzen Land sichtbar.

Seißer appellierte an die zahlreichen Gäste, die Grenzen im Denken vieler Menschen zu beiseitigen, die den ländlichen Raum nur als schöne Landschaft, Landwirtschaft und Erholungsraum für den Städter sehen. Standortvorteile wie gute Umweltqualität, hoher Freizeitwert, breit gefächerte Wirtschaftsstruktur, qualifizierte Arbeitnehmer und preiswerte Gewerbeflächen seien Qualitätsmerkmale ländlicher Räume, die im Wettbewerb der Regionen künftig eine größere Rolle spielen werden. Deshalb müsse sehr darauf geachtet werden, „dass vor allem der grenznahe ländliche Raum seine wesentlichen Standortvorteile nicht durch die Osterweiterung der Europäischen Union an die Beitrittsstaaten abgeben muss“.

Information vor Ort

Die rund 700 Teilnehmer der dreitägigen Fachtagung - Architekten sowie Bürgermeister und Verwaltungspersonal - informierten sich vor Ort über Unternehmenskonzeptionen, Informationsmanagement, herausragende Beispiele der Dorferneuerung und Flurneuordnung, Gemeindeentwicklung und landkreisübergreifende Vernetzung.

Besichtigt wurden u.a. das Werk der Firma Loewe-Opta in Kronach, die Stollenanlagen des ehemaligen Zisterzienserklosters in Klosterlangheim, die Kulmbacher Brauerei sowie das Bergwerk „Fundgrube Weißer Hirsch“ in Südwestsachsen. Allein drei Exkursionen führten in das grenznahe Gebiet der Region Karlsbad, wo man sich unter anderem auf dem Agro & Kombinat Dolni Zandov über den Aufbau und Umbau landwirtschaftlicher Betriebe, über außerlandwirtschaftliche Nebenbetriebe und den Wirtschaftswegebau informieren konnte. **DK**

Kommunen stärken - Staat ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ber appellierte an die Landräte, auf eine Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Die kommunalen Spitzenverbände sollten vielmehr das Gespräch mit der Staatsregierung suchen. „Bayern ist der verlässliche Partner der Kommunen und steht fest an ihrer Seite. Wir lassen die Kommunen auch in schwierigen Zeiten nicht allein“, erklärte er.

Unverantwortliche Bundesregierung

Huber zufolge ist die Politik der Bundesregierung völlig unverantwortlich. Sie habe den Kommunen bei Hartz IV eine Entlastung von 2,5 Milliarden Euro jährlich versprochen. Statt dessen drohe jetzt eine zusätzliche Belastung von insgesamt 5 Milliarden Euro. Der Minister kündigte an, dass Bayern im Vermittlungsausschuss alle Hebel in Bewegung setzen werde, um dieses einseitige Abwälzen von Lasten des Bundes auf die Kommunen zu verhindern. Energisch wies er in diesem Zusammenhang den Vorwurf der Blockade zurück. Auch beim sogenannten Optionsgesetz setze sich die Staatsregierung gemeinsam mit den bayerischen Kommunen gegen eine Aushöhlung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts zur Wehr. Die Kommunen dürften nicht zum verlängerten Arm der Arbeitsverwaltung degradiert werden.

Aufgabenabbau und Deregulierung

Auch die Verwaltungsreform in Bayern werde die kommunale Selbstverwaltung weiter stärken, fuhr Huber fort. Verwaltungsverfahren müssten gestrafft und gebündelt und so ortsnahe wie mög-

lich durchgeführt werden. Die Landratsämter als klassischer Ansprechpartner der Bürger vor Ort könnten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Größere Eigenverantwortung auf der unteren Verwaltungsebene sei zugleich ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume in Bayern.

Aufgabenabbau und Deregulierung seien weitere wichtige Säulen der Verwaltungsreform, so der Minister. Der konsequente Abbau von Aufgaben und eine wirksame Begrenzung von Vorschriften trügen erheblich dazu bei, die Entscheidungsfreiheit vor Ort zu stärken und die Kommunen wirksam und nachhaltig zu entlasten. Huber: „Unser Ziel ist es, ein Drittel der Verwaltungsanweisungen abzuschaffen.“ Um Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, werde Bayern alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Viele überzogene Anforderungen seien aber auch durch Bundes- und Europarecht vorgegeben. Hier werde die Staatsregierung über den Bundesrat und die europäischen Gremien versuchen, Vereinfachungen durchzusetzen.

Behördenreform

Zellner erläuterte die seiner Meinung nach wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Behördenreform: Subsidiaritätsprinzip und Bündelung der hoheitlichen Aufgaben in einer bürgernahen Verwaltung aus einer Hand: „Zu den Prinzipien der Behördenreform zähle ich allerdings auch die Kostenneutralität für Kommunen und natürlich die Stärkung des ländlichen Raums. In Übereinstimmung mit der Regierungserklärung muss vorab immer geprüft werden, welche öffentlichen Aufgaben

überhaupt abgeschafft oder auf Private übertragen werden können.“ Der Präsident des Bayerischen Landkreistags will auch am dreistufigen Verwaltungsaufbau - Ministerialebene - Mittelstufe - untere Verwaltungsebene - festhalten: „Nur diese berücksichtigt die notwendige Zentralisierung und mögliche Dezentralisierung. Genau dies ist die Voraussetzung für eine sachgerechte, bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung.“

„Super-Sonderbehörden“

Eine Schaffung „grüner oder technischer Super-Sonderbehörden“ widerspreche diesem Grundsatz. Die bayerischen Landräte forderten eine unvoreingenommene und ergebnisoffene Prüfung, welcher Aufgabenbereich der Fachbehörden mit dem Ziel einer gebündelten und bürgernahen Verwaltung auf der Kreisverwaltungsebene sich für eine Integration in die Kreisverwaltungsbehörden eignen könnte.

Zellner lobte das im Ländervergleich modernste strikte Konnexitätsprinzip, das in einer „Konsultationsvereinbarung“ zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden festgelegt und mittlerweile förmlich unterzeichnet wurde. Er bedankte sich ausdrücklich bei Staatsminister Huber für das konstruktive und faire Zusammenwirken mit der kommunalen Seite und mahnte vergleichbare Lösungen für den Bund an.

Innenminister Günther Beckstein stellte derweil den Kommunen im Doppelhaushalt 2005/2006 mehr Geld vom Freistaat zur Linderung ihrer Finanznot in Aussicht. Er betonte, er werde sich dafür einsetzen, dass „zusätzliche Beträge draufgelegt

Thüga erzielt ihr bisher bestes Ergebnis

Strom- und Gaspreise steigen weiter

Die Kapitalrendite von etwa 15 Prozent weist es eindeutig aus: Die Münchener Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft Thüga AG ist sehr erfolgreich erklärte Armin Geiß, Vorsitzender des Vorstandes. 2003 hat das Unternehmen, das auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung tätig ist, das beste operative Ergebnis seiner Firmengeschichte erzielt. Da die E.ON-Tochter im Inland vom Bundeskartellamt an ihrer weiteren Entwicklung sehr stark gehindert wird, sucht sie ihr künftiges Wachstum vor allem auf dem italienischen Markt.

Seit den jüngsten Bewegungen auf dem deutschen Energiemarkt ist die Thüga jetzt letztlich eine 100-prozentige Beteiligung des E.ON-Konzerns, denn sie gehört zu 78 Prozent der E.ON-Tochter Ruhrgas und zu 19 Prozent der E.ON-Tochter Contigas. Und inzwischen ist entschieden, dass auch die restlichen 3 Prozent freier Aktionäre von E.ON abgefunden werden.

Dass die Thüga hauptsächlich über die Ruhrgas an E.ON angebunden wird, habe, so Geiß, praktische Gründe, denn das Gasgeschäft sei der größte Thüga-Geschäftsbereich und deshalb passe die Anbindung so am besten. Mit irgendwelchen Auflagen des Kartellamtes habe diese Anbindung nichts zu tun. Die Thüga werde auch keineswegs ein Vertriebsarm der Ruhrgas. Am erfolgreichen Thüga-Modell, das schon seit der Unternehmensgründung 1867 in Gotha verfolgt werde, ändere sich nichts.

Das operative Ergebnis stieg im Berichtsjahr 2003 auf 241,5 Mio. Euro und lag damit um 59,1 Mio. Euro oder 32,4 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2002. Zu dieser Steigerung

hat im Wesentlichen das Beteiligungsergebnis beigetragen, das als wichtigste Ertragsquelle 251,5 (2002: 299,8) Mio. Euro erreichte. Allerdings sind darin Sondereinflüsse durch konzerninterne Umgruppierungen und Bereinigungen enthalten. Rechnet man sie raus, stehen 229,0 (166,5) Mio. Euro als Beteiligungsergebnis zu Buche. Hinzu kommen Erträge von knapp 59 (53,4) Mio. Euro aus 365,5 (341,8) Mio. Euro Umsätzen, die von einigen wenigen eigenen Erzeugungsbetrieben stammen. All das summiert sich zu einem Jahresüberschuss von 337,6 Mio. Euro. Im Jahr zuvor waren es durch starke Sondereinflüsse 645,1 Mio. Euro gewesen. Aus dem Jahresüberschuss für 2003 werden 112,6 Mio. Euro in Form von 0,30 Euro Dividende je Aktie ausgeschüttet. Der große Rest wandert in die Gewinnrücklagen.

Bewährter Partner der Kommunen

Die Thüga ist bundesweit an etwa 120 Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung als Minderheitspartner beteiligt. Sie „betreut“ in Deutschland einen

Absatz von rund 182 Mrd. Kilowattstunden (kWh) Gas an 2,8 Mio. Kunden, von 23,6 Mrd. kWh Strom an 2,5 Mio. Kunden und von 212 Mio. cbm Trinkwasser an über 4 Mio. Einwohner. Der relativ geringe Wärmeabsatz ist durch Veränderungen im Portfolio weiter rückläufig.

Kartellamt blockiert

In Deutschland wird sich das Wachstum der Thüga weiter verlangsamen, weil das Bundeskartellamt allenfalls noch kleine und mittlere Beteiligungen von Versorgungsunternehmen an Stadt- und Kommunalunternehmen dulden will. Und die Thüga wird als E.ON-Tochter, obwohl sie ein Beteiligungs- und Beratungsunternehmen ist, von den Kartellwächtern den Versorgern zugerechnet. (vgl. hierzu das Interview mit Thüga-Chef Armin Geiß auf Seite 10). Bei der Thüga hofft man, dass sich die Expansionsbehinderungen durch das Kartellamt lockern werden, wenn erst einmal die von der EU vorgeschriebene Regulierungsbehörde auf dem Energiemarkt installiert ist.

Weitere Beteiligungen

Dennoch wird das Münchener Unternehmen seinen Beteiligungskreis erweitern, denn es wird konzernintern von der Ruhrgas etliche Stadtwerke-Beteiligungen zum Preis von circa 800 Mio. Euro übernehmen. Es

handelt sich um Beteiligungen in Dresden, Duisburg, Essen, Karlsruhe und Mannheim. Außerdem werden durch diesen Schritt schon bestehende Beteiligungen in Hannover, Südhessen, Chemnitz und Hildesheim ausgebaut. In diesem Jahr wird die Thüga etwa 150 Mio. Euro investieren, im vergangenen Jahr waren es gut 184 Mio. Euro.

Stärker einsteigen will die Thüga in Italien, wo sie bereits seit Mitte der 90-er Jahre über 40 100-prozentige Beteiligungen etwa 560 000 Kunden mit Erdgas versorgt. Außerdem soll eine kommunale Energiegruppe mit Minderheitsbeteiligungen ähnlich dem Modell in Deutschland aufgebaut werden. Dazu ist ein erster Schritt getan, denn demnächst wird sich die Thüga-Italia mit 20 Prozent an der kommunal geführten AMGA Azienda Multiservizi S.p.A. in Udine beteiligen, die etwa 80 000 Kunden mit Erdgas versorgt.

Staatsquote steigt

Zur Entwicklung der Energiepreise meinte Geiß, dass sie wohl weiter steigen werden. Für Erdgas, dessen Preis an den Erdölpreis gebunden ist, hatte E.ON jüngst schon eine Verteuerung um 7 bis 8 Prozent angekündigt. Auch die Strompreise sieht Geiß steigen, wengleich er keinen konkreten Prozentsatz nennen wollte. Hauptursache sei, dass die Staatsquote am Strompreis, die schon jetzt 41 Prozent ausmache, durch die vorgeschriebene Trennung von Netz und Vertrieb (Unbundling) sowie die Regulierung von Netzzugang und Durchleitungsentgelten noch weiter steigen werde. Im Hinblick auf diese Veränderungen fordert die Thüga „zuverlässige rechtliche Rahmenbedingun-

Energierrechtsnovelle muss nachgebessert werden

Der Bayerische Städtetag verlangt, dass die Novelle zum Energiewirtschaftsrecht erheblich nachgebessert wird. Andernfalls würden die Städte wichtige Entscheidungskompetenzen bei der örtlichen Energieversorgung verlieren. Der Städtetag fordert weiter, dass die Konzessionsabgabe gesichert wird, um finanzielle Einbußen auszuschließen.

Aus kommunaler Sicht ist der vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte Gesetzentwurf bedenklich. Nach der Bayerischen Verfassung haben die Städte und Gemeinden das Recht, die Energieversorgung auf örtlicher Ebene selbst zu bestimmen. Dies geschieht entweder durch die Gründung eines eigenen Stadt- (Gemeinde)werks mit Stromversorgungssparte oder durch Abschluss eines Konzessionsvertrags mit einem regionalen EVU. Die Gemeinde räumt dem EVU darin das Wegerecht ein und verpflichtet es zur Versorgung der Kunden im Gemeindegebiet. Der Gesetzentwurf würde in dieses Recht unzulässig eingreifen. An die Stelle der bisherigen allgemeinen Anschluss- und Versorgungspflicht eines EVUs soll der „Grundversorger“ treten den sich die Kommune nicht mehr selbst aussuchen könnte.

Ungereimt sind auch die Aussagen des Gesetzentwurfs zum Recht der Konzessionsverträge. Offen bleibt nämlich, ob künftig nur noch der Netzbetreiber Vertragspartner für einen Konzessionsvertrag sein kann. Sollte dies der Fall sein, müsste sich die Gemeinde ein anderes EVU suchen, das die Stromversorgung sicherstellt. Im neu gefassten bayerischen Musterkonzessionsvertrag-Strom wird dagegen festgelegt, dass das Vertrags-EVU in einem solchen Fall zur Ersatzversorgung verpflichtet ist. Gefahren sehen die Städte zudem für die Konzessionsabgabe insgesamt. Die Konzessionsabgabenverordnung des Bundes legt unterschiedliche Höchstsätze fest, gestaffelt für Tarif- und Sondervertragskunden sowie nach der Einwohnerzahl der Gemeinden. Nach dem Gesetzentwurf würde der Höchstsatz für die Konzessionsabgaben nur noch für „Haushaltskunden“ gelten. **IBSt**

gen“, um auch weiterhin die Sicherheit der Versorgung gewährleisten zu können. Allein in den zurückliegenden drei Jahren haben die Partnerunternehmen der Thüga rund 3 Mrd. Euro in den Erhalt und Ausbau der lokalen und regionalen Energie- und Wasserinfrastrukturen investiert. Außerdem erwartet sie auf Grund der kommenden Regulierung die Abschaffung der Preisaufsicht durch die Länder

und schließlich die Verhinderung doppelgleisiger Eingriffe durch Regulierungsbehörde und Kartellamt. Geiß: „Investitionen zur notwendigen Substanzerhaltung setzen eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals voraus. Der Gesetzgeber kann nicht auf der einen Seite wettbewerbliches Handeln fordern und auf der anderen Seite unternehmerisches Handeln drastisch einschränken.“ **Doh.**

N-ERGIE-Jahresabschluss 2003:

Mit konsequentem Kurs beachtliche Erfolge erzielt

Das Geschäftsjahr 2003 markierte für den N-ERGIE Konzern das erste volle Geschäftsjahr nach der Vollfusion und in der neuen Unternehmensstruktur. In der Bilanzpressekonferenz in Nürnberg zeigte sich der Vorstand insgesamt zufrieden mit der Entwicklung und den erzielten Ergebnissen.

In einem schwierigen Marktumfeld, geprägt im Strombereich durch steigende Großhandelspreise und zusätzliche öffentliche Abgaben und Umlagen auf Energie, konnten laut Geschäftsführer und Vorstandssprecher Herbert Dombrowsky in allen Geschäftsfeldern die Planungen eingehalten oder übertroffen werden. Mit wettbewerbsfähigen Preisen und ihrem umfassenden Dienstleistungsangebot habe sich die N-ERGIE als leistungsfähiges Unternehmen im regionalen und teilweise überregionalen Markt bewährt.

Das um neutrale und periodenfremde Einflüsse bereinigte Betriebsergebnis beträgt 75,7 Mio.

Bioenergie - in Bayern ein Renner

Bioenergie hat sich bayernweit im vergangenen Jahr als echter Renner erwiesen. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller mitteilte, wurden 2003 in Bayern 13 größere Biomasseheizwerke mit insgesamt sieben Millionen Euro Fördersumme bewilligt. Außerdem hat der Freistaat im Rahmen der Förderprogramme „BioKomm“ und „BioHeiz500“ 46 kleinere Anlagen bis 500 Kilowatt Wärmeleistung mit einer Gesamtsumme von rund 660.000 Euro geför-

Euro. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages wurden 60,5 Mio. Euro an die Städtischen Werke Nürnberg GmbH abgeführt. Die Thüga AG als außenstehender Aktionär erhält eine Ausgleichszahlung über 21,6 Mio. Euro.

Konzernstruktur

Die N-ERGIE hat ihre Konzern- und Gruppenstruktur weiter ausgebaut und gefestigt. Die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg mbH (wbg) beteiligte sich mit Wirkung zum 1. Januar 2003 mit 25,1 Prozent an der impleaPlus Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Durch

geänderte rechtliche Bestimmungen und wirtschaftliche Bedingungen kam es bei der Erdgas Uffenheim GmbH & Co. KG ebenso wie bei der Gasversorgung Zirndorf GmbH & Co. KG zu einer formwechselnden Umwandlung mit entsprechender Gründung einer Komplementär GmbH. Ebenfalls zum 1. Januar 2003 wurde die Verschmelzung der Gasversorgung Hersbruck GmbH auf die HEWA GmbH vollzogen. Mit der Übernahme des Eigenbetriebs „Städtische Stromversorgung Spalt“ zum 1. Januar 2003 hat zum ersten Mal eine Gemeinde zu 100 Prozent ihre Stromversorgungsanlagen und Stromlieferverhältnisse auf die N-ERGIE Aktiengesellschaft übertragen.

Umstellung auf Gas

Das Heizkraftwerk (HKW) Sandreuth wird nach Angaben des N-ERGIE-Vorstands bis 2005 von Kohlefeuerung auf Erdgas umgestellt und mit einer effizienten Gas- und Dampfturbinentechnologie (GuD) ausgestattet. Projektentwicklung und erste Bautätigkeiten verlaufen planmäßig. Durch die Modernisierung des HKW Sandreuth wird die wirtschaftliche und umweltschonende Wärmeerzeugung bei gleichzeitiger Verdoppelung der Stromerzeugung nachhaltig gesichert.

Die Geschäftsaktivitäten und -ergebnisse des N-ERGIE Kon-

zerns waren 2003 wesentlich von der N-ERGIE Aktiengesellschaft bestimmt. Das Geschäftsjahr 2003 war durch permanenten und sich weiter entwickelnden Wettbewerb auf den Strom- und Erdgasmärkten geprägt.

Konstante Preise

Im Wettbewerb zu anderen Stromhändlern wurden Kunden außerhalb des Netzgebietes gewonnen und Rückgänge im Stromabsatz des Netzgebietes teilweise kompensiert. In einem Umfeld steigender Preise und stagnierender Absatzzahlen hielt die N-ERGIE als einer der wenigen Energieversorger bis 31. März 2003 ihre Strompreise für die Privatkunden konstant. Gestiegene Steuer- und Abgabenbelastungen sowie Bezugskosten machten aber schließlich doch Preiserhöhungen ab 1. April für Strom, Erdgas, Fernwärme und Wasser unumgänglich.

Sinkender Stromabsatz steigende Erlöse

Die Umsatzerlöse betragen 1.121 Mio. Euro und wuchsen damit gegenüber dem Vorjahr um 70 Mio. Euro, was in erster Linie aus dem gestiegenem Gasumsatz resultiert. Der Stromabsatz sank um 4,5 Prozent auf 7,4 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Die absatzstärkste Kundengruppe stellen die Industriekunden mit 37,1 Prozent dar, der Anteil der Privatkunden am Gesamtumsatz betrug 33,9 Prozent, Stadt- und Gemeindewerke trugen mit 29 Prozent zum Gesamtumsatz bei.

Kommunale Erdgasversorger und regionale Erdgaslieferungsgesellschaften stellen mit 41,8 Prozent des Erdgasbezugs die

größte Kundengruppe. Der Absatz der Wärmeversorgung kletterte witterungsbedingt um 1,7 Prozent, der Wasserabsatz weist durch den extrem heißen und trockenen Sommer einen Anstieg von 6,2 Prozent aus.

Der Strombedarf wurde überwiegend durch Bezug von der SYNECO GmbH & Co. KG, München, sowie durch Eigenerzeugung aus dem HKW Sandreuth und die Abnahme regenerativer Einspeisemengen gedeckt. Bei einer Zunahme der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl (ohne Auszubildende) von 2.630 auf 2.661 stieg der Personalaufwand um 6,5 Prozent auf 183,7 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis verbesserte sich erfreulicherweise um 7,9 Mio. Euro und weist ein Plus von 6,6 Mio. Euro aus. Der N-ERGIE Konzern investierte im Berichtsjahr 93,2 Mio. Euro.

Weichenstellungen

2004 kommen laut Dombrowsky auf die deutsche Energieversorgung „entscheidende politische Weichenstellungen“ zu. Die N-ERGIE habe sich auf die Änderungen, wie die erneute Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die geplante Verordnung über den Zugang zu den Stromnetzen, die Einrichtung einer Regulierungsbehörde sowie auf die EU-weite Einführung des Handels mit Emissionszertifikaten intensiv vorbereitet. Das neue Erneuerbare Energien Gesetz werde zusätzliche Belastungen für die Kunden, aber auch für die Netzinfrastrukturen bringen. Für das Geschäftsjahr 2004 rechnet der Vorstand der N-ERGIE mit einer positiven Geschäftsentwicklung. **DK**



Dombrowsky neuer VBEW-Vorsitzender

Herbert Dombrowsky ist neuer Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Der Vorstandssprecher der N-ERGIE löst damit, nach satzungsgemäßem dreijährigem Turnus, Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG ab. Dombrowsky (53) ist Vorstandssprecher der N-ERGIE, einem mehrheitlich kommunalen Unternehmen mit Sitz in Nürnberg. Der VBEW repräsentiert mit seinen 220 Mitgliedsunternehmen nahezu alle Unternehmen der Stromversorgung in Bayern. Zu den Mitgliedern gehören Stromerzeuger, Netzbetreiber und Stromhändler, die sich zum Teil in privater, zum Teil in öffentlicher Hand befinden. **DK**

E.ON Bayern drängt ins Gas-Geschäft

Vorstandsvorsitzender Peter Deml: „Hohe Zuwachsraten zu erwarten“

Das Stromversorgungsunternehmen E.ON Bayern AG in Regensburg, das vor etwa zweieinhalb Jahren aus der Fusion bekannter und traditionsreicher Regionalversorgungsunternehmen entstanden ist und sich seitdem gut entwickelt hat, will jetzt auch Gasversorger werden. Schließlich verspreche der Gas- und Wärmemarkt Wachstum, wie Vorstandschef Peter Deml bei der E.ON-Bilanzpressekonferenz betonte.

Im Berichtsjahr 2003, dessen Erfolgs- und Bilanzzahlen wegen zahlreicher Sondereffekte vor allem durch Änderungen im Beteiligungsportfolio kaum mit denen des Jahres 2002 zu vergleichen sind, hat es nach den Ausführungen des Vorstandsmitglieds Reimund Gotzel eine Stabilisierung der Ergebnissituation und der Ertragskraft gegeben. Sorgen bereiten E.ON Bayern neue Gesetze und Regelungen, „die die Stromkosten in Deutschland noch weiter in die Höhe treiben werden“. Dazu Deml: „Deutschland ist auf dem Weg zum Stromhochpreisland.“

Die ersten wesentlichen Schritte in den Markt als Gasversorger hat E.ON Bayern mit der Übernahme der Fränkischen Gaslieferungsgesellschaft (FGL), der Gasversorgung Ostbayern (GASOB) und der Gasversorgung Schwandorf (GVS) von der Schwestergesellschaft Thüga AG getan. Um das Geschäft „rund zu machen“, werden zum 1. Januar 2005 diese 100-Prozent-Töchter mit dem Stromgeschäft zusammengeführt und in die E.ON Bayern AG integriert. Davon verspricht man sich große Synergieeffekte, zum Beispiel durch eine gemeinsame Abrechnung von Strom und Gas, durch Nutzung gemeinsamer technischer Komponenten und durch die Straffung und Zusammenlegung der Wartungsmannschaften.

Mittelfristige Chancen

Zunächst wird E.ON Bayern rund 5 Mrd. Kilowattstunden (kWh) Erdgas an mehr als 80.000 Kunden liefern, was einen Umsatz von etwa 160 Mio. Euro bringt. Mittelfristig sieht Deml sogar Chancen, Gasversorger von 140.000 Kunden mit einem Absatz von 8 Mrd. kWh jährlich zu werden. Besonders in Nord- und Ostbayern gebe es noch viele kleine Gasversorger und zum Teil noch fünf Unternehmensebenen. Dagegen werde Südbayern weitgehend von der Erdgas Südbayern beliefert, an der das Schwesterunternehmen Thüga zur Hälfte beteiligt ist.

Im Stromgeschäft hat E.ON Bayern seine Position als Marktführer in Bayern verteidigt. Trotz spürbarer Preiserhöhungen wurde der Absatz mit 29,3 Mrd. kWh auf dem Niveau von 2002 gehalten. Die Umsätze im Stromgeschäft stiegen hingegen wegen der Preiserhöhungen um knapp 170 Mio. Euro auf rund 2,35 Mrd. Euro. Insgesamt wurden 2,6 Mrd. Euro umgesetzt.

Im Berichtsjahr hat E.ON Bayern an 135 Weiterverteiler 11,6 Mrd. kWh Strom geliefert, an Geschäfts-, Top- und Großkunden 10,1 Mrd., an Privatkunden 6,6 Mrd. und an Kommunen 1 Mrd. kWh. Dabei halte der Trend zur Nachfragebündelung in Einkaufsgemeinschaften unverändert an. Im Moment sei es sehr schwierig, die um 30 % gestiegenen Preise am Beschaffungsmarkt an die Kunden weiterzugeben. Der Rahmen zur Belieferung der kommunalen Kunden wurde für die Jahre 2004 und 2005 verlängert. Durch die Übernahme der Stromversorgungen Frankenwald und Südstrom wurde das Vertriebsgebiet mit den Kundenzentren Naila und Freilassing erweitert.

Bereinigt um die erwähnten

Probleme sieht das Unternehmen inzwischen im Ausbau seiner Kooperationen mit Weiterverteilern, von denen es bisher 25 gibt. Neu hinzugekommen sind Beteiligungen an den Stadtwerken Haßfurt (17,9 %), den Stadtwerken Straubing (19,9 %) und den Elektrizitätswerken Schwandorf (86,6 %). Doch bei der vorgesehenen Beteiligung von 12 % an der Aschaffenburger Versorgungs-GmbH (AVG) kam das Unternehmen schon

Machtkonzentration

Probleme sieht das Unternehmen inzwischen im Ausbau seiner Kooperationen mit Weiterverteilern, von denen es bisher 25 gibt. Neu hinzugekommen sind Beteiligungen an den Stadtwerken Haßfurt (17,9 %), den Stadtwerken Straubing (19,9 %) und den Elektrizitätswerken Schwandorf (86,6 %). Doch bei der vorgesehenen Beteiligung von 12 % an der Aschaffenburger Versorgungs-GmbH (AVG) kam das Unternehmen schon

nicht mehr zum Zuge, weil das Bundeskartellamt Beteiligungen von Versorgungsunternehmen an Stadtwerken und kommunalen Unternehmen nicht mehr duldet. Das Amt sieht darin eine Machtkonzentration bis hin zur Monopolisierung.

Vor diesem Hintergrund hat E.ON Bayern einen neuen Kooperationsweg entwickelt, indem es die „Beteiligungsgesellschaft Regionale Dienstleistungen Energie GmbH & Co.KG (RDE)“ gegründet hat. In dieser Gesellschaft übernehmen die Weiterverteiler die Rolle von Kommanditisten. Inzwischen gibt es 15 RDE-Partner. 2003 sind fünf neue Partner hinzugekommen, nämlich die Bayerreuther Energie- und Wasserversorgung, die Stadtwerke Haßfurt, Wunsiedel und Fürstenfeldbruck sowie das Überlandwerk Rhön. 2004 sind bisher die Stadtwerke Wasserburg am Inn der RDE beigetreten. Mit weite-

ren möglichen Partnern werden noch Gespräche geführt.

Sorgen bereitet dem Unternehmen der in Gang gekommene ordnungspolitische Systemwechsel. Da ist zunächst der Entwurf eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Im Zentrum stehen dabei die Einrichtung einer Regulierungsbehörde und die Entflechtung von Netz und Vertrieb („Unbundling“).

Rechtssicherheit vonnöten

Hinsichtlich dieser Neuregelung fordern E.ON Bayern und der Verband der bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) Rechtssicherheit, wie sie die bereits abgeschlossene Verbändevereinbarung böte, und bei den Netznutzungsgebühren eine angemessene Rendite.

Große Probleme hat die Branche auch mit der Novellierung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG). Nicht nur dass Wind-

kraft weiterhin stark gefördert werde, komme jetzt auch noch die stärkere Förderung der Photovoltaik hinzu. In beiden Fällen sind die Stromversorger verpflichtet, neue Anlagen der Betreiber in kurzer Zeit auf eigene Kosten ans Netz anzuschließen und die Einspeisung zu hohen Preisen nach maximal 300 unterschiedlichen Vergütungssätzen abzurechnen. Dagegen, so Deml, gerate die Wasserkraft als tragende Säule regenerativer Stromerzeugung weiter ins Hintertreffen.

Durch die ordnungspolitischen Änderungen sieht Deml die Stromkosten in Deutschland weiter in die Höhe getrieben. Das Subventionsvolumen von heute rund 26 Mrd. Euro werden auf circa 5 Mrd. Euro steigen. Die Zeche hätten insbesondere die privaten Haushalte, zu zahlen. In deren Rechnung werde der Staatsanteil an den Stromkosten von heute 41 auf mehr als 50 Prozent steigen. **doh.**

Kongress der Bayerischen Staatsregierung in München:

Energiepolitik für die Zukunft

Kritik an Ökosteuer und hohen Benzinpreisen

Eine grundlegende Kurskorrektur der Energiepolitik in Deutschland hat Ministerpräsident Edmund Stoiber bei einem Energiekongress der Bayerischen Staatsregierung mit den führenden deutschen Energieversorgern in München gefordert. „Die ideologisch einseitig ausgerichtete Politik der Bundesregierung hat unserem Land schweren Schaden zugefügt. Rot-Grün hat die Energie immer teurer gemacht. Allein die staatlich verursachte Belastung des Strompreises ist seit 1998 um das Fünffache auf mehr als 12 Milliarden Euro angestiegen. Die Ökosteuer führt Deutschland bei den Benzinpreisen an die Spitze in Europa. Hier ist für viele Unternehmen und private Haushalte die Grenze der Belastung bereits überschritten“, betonte Stoiber.

Die ständige Energiepreisverteilung schwäche die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Deutschland könne es sich nicht erlauben, mit ideologischen Experimenten hunderrtausende Arbeitsplätze und die Zukunft ganzer Produktionszweige im Inland zu gefährden, fuhr der Ministerpräsident fort. Das Drehen an der Energiekostenschraube sei dringend zu stoppen. Dazu müsse vor allem das Erneuerbare Energien-Gesetz, das weitere erhebliche Kostensteigerungen vor allem bei der Windkraft festschreibe, bis Ende 2007 befristet werden. Danach brauche Deutschland eine neue gesetzliche Grundlage, bei der die Förderung erneuerbarer Energien von echten Qualitätsfortschritten, mehr Wettbewerb und sinkendem Zuschussbedarf abhängig gemacht werde.

Energiepolitisches Gesamtkonzept

Der verfehlten Bundespolitik setze Bayern ein eigenes energiepolitisches Gesamtkonzept entgegen. Statt immer mehr Ideologie und Einseitigkeit brauchen wir eine moderne und zukunftsorientierte Energiepolitik aus einem Guss mit Vernunft und Augenmaß“, betonte Stoiber. Die deutsche Energiepolitik müsse gleichermaßen klimafreundlich, sozialverträglich und international wettbewerbsfähig sein. Grundvoraussetzung sei ein ausgewogener Energiemix, bei dem auch die Kernenergie einen unverzichtbaren Beitrag leisten müsse.

Energie für die Wirtschaft

„Es ist die Energie, die das Räderwerk der Wirtschaft in Gang hält. Deutlich wird uns das vor allem dann, wenn Sand ins Getriebe kommt“, bemerkte Wirtschaftsminister Otto Wiesheu. Seit 1998 gebe es in Deutschland eine rot-grüne Energiepolitik, die sich selbst als „ökologische Energiewende“ bezeichne.

C.A.R.M.E.N. veröffentlicht Jahresbericht 2003:

Ein ereignisreiches Jahr

Straubing. C.A.R.M.E.N., die bayerische Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe, hat einen Jahresbericht für 2003 veröffentlicht.

Höhepunkte 2003 im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe waren der Besuch von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sowie zahlreicher politischer Mandatsträger im April und die Einweihung des Schulungs- und Ausstellungszentrums (SAZ) im Juli. Was sich bei C.A.R.M.E.N. in den Bereichen Holz, Pflanzenöl/Biodiesel und Biogas getan hat und wie Bayerns Energiebilanz für 2003 aussah, kann im Abschnitt über die Abteilung für die Energetische Nutzung von Nachwachsenden Rohstoffen nachgeschlagen werden.

Weiterhin wurden z.B. ein Muster-Betriebshandbuch für Biomasseheizwerke vorbereitet, ein Qualitätsmanagement für Holzheizwerke entwickelt und zahlreiche Projekte begutachtet. Demonstrationsprojekte in Bay-

ern (Biomasseheizwerke, Pflanzenöl-Blockheizkraftwerke, Biogasanlagen, Biodiesel, Biomassehöfe) und im vergangenen Jahr eingeweihte Biomasseheizwerke werden im Jahresbericht ebenfalls aufgeführt. Die Abteilung für stoffliche Nutzung Nachwachsender Rohstoffe setzte sich u.a. für die Einführung und wissenschaftliche Begleitung des „Straubinger Modellprojektes“ zu kompostierbaren Biobeuteln für die Biomüllsammlung im Landkreis Straubing-Bogen ein. Auch die erste Teststrecke im Landkreis mit RapsAsphalt, einer Bitumenemulsion auf Basis von Rapsöl, konnte 2003 beschichtet werden. Weitere Aktivitäten zu den Bereichen Stärke, Fasern und Dämmstoffe sind ebenfalls im Jahresbericht beschrieben. Der Bericht ist kostenfrei erhältlich.

„Messbares“ Ergebnis sei vor allem ein eminenter Anstieg der Energiepreise. Dass die deutschen Industrie-Strompreise nach den Erfolgen der Liberalisierung heute wieder zu den teuersten in europäischen Vergleich gehörten, könne als vorläufiger Höhepunkt einer insgesamt verfehlten Entwicklung gelten.

Laut Dr. Johannes Teyssen, Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG, München,

benötige Deutschland eine neue Energiepolitik, die die Balance zwischen den Zielen Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit wieder herstellt, die ökonomische und ökologische Bedürfnisse nicht gegeneinander ausspielt und sich zum Motor für wirtschaftliches Wachstum macht. Nur eine gesunde Volkswirtschaft werde auf Dauer in der Lage sein, den Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes Rechnung zu tragen.

Führende Stellung erhalten

Um Deutschlands führende Stellung zu erhalten, würden auch morgen Unternehmen wie Siemens in der Energietechnik oder E.ON gebraucht. Letzteres vertritt weltweit führend die Energieanwendung und -versor-

gung unter deutscher Leitung, fuhr Teyssen fort. E.ON Energie sei bereit, sich an der Gestaltung vernünftiger Lösungen zu beteiligen, „denn dies ist unsere Grundlage, unser Geschäft und unsere Zukunft“.

Zukunft der Kernenergie

„Die Zukunft der Kernenergie hat schon begonnen!“ erklärte Anne Lauvergeon, Présidente du Directoire d'AREVA, Paris. Auch in Deutschland könne Kernenergie eine Zukunft haben, mit all ihren unbestreitbaren Vorteilen und realen Nachteilen, die aber zu meistern seien. Allein in Bayern stelle die Kernenergie mit 60 Prozent die Basis der Stromerzeugung dar. Jetzt obliege es den Verantwortlichen, „den Denkprozess anzustoßen und die Voraussetzungen für eine vernünftige und objektive Analyse der Situation zu schaffen, damit die deutschen Bürger die Problematik und Komplexität der ausstehenden Antworten verstehen“. In der Tat stehe für Deutschland und Europa sehr

viel auf dem Spiel: In den nächsten 20 Jahren, so Frau Lauvergeon, müsse ein großer Teil der älteren Wärmekraftwerke und Reaktoren ersetzt werden.

Marktwirtschaft

Nach den Worten von Prof. Dr. Dieter Schmitt vom Lehrstuhl für Energiewirtschaft der Universität Duisburg-Essen, stellt Energiepolitik keine Alternative zwischen Marktwirtschaft und Regulierung dar. Vielmehr sei sie, richtig konzipiert, als konstitutives Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung auch im Energiebereich anzusehen. Dies setze allerdings voraus, dass sich der Staat bei seinen Eingriffen im Energiesektor auf seine eigentliche, als unverzichtbar anzusehende Aufgabe zurückbesinne und der Versuchung widerstehe, den Energiesektor den unterschiedlichsten Interessen zu opfern.

Effiziente „Erneuerbare“

Mit den Möglichkeiten erneuerbarer Energien befasste sich schließlich Prof. Dr. Ulrich Wagner vom Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungs-technik der TU München. Seiner Ansicht nach müssen dezentrale Techniken und erneuerbare En-

ergien in einem Maße erschlossen werden, mit dem sich aus ganzheitlicher Sicht Energie und Emissionen einsparen lassen. Neben der Bereitstellung von Wärme und Regelleistung müsse auch die Redundanz von installierter Erzeugungsleistung minimiert werden. Gefragt seien die kosteneffizientesten Lösungen, „die auch global anwendbar und akzeptabel sind“.

Wasserstoff

Neue technische Optionen könnten sich langfristig durch die Entwicklung von Wasserstofftechnologien eröffnen, sagte Wagner; schließlich sei dieser Energieträger durch nahezu alle anderen Primärenergiearten und erneuerbaren Energieformen erzeugbar, gut speicherbar, transportabel und für viele Anwendungen effizient einsetzbar. Aus Gründen der Nachhaltigkeit setze dieses allerdings einen erheblichen Anteil erneuerbarer Energien in den Versorgungsstrukturen voraus. Wagner: „Alles in allem müssen die möglichen Optionen einer ganzheitlichen Betrachtung standhalten, die neben der technischen Machbarkeit, dem Energieverbrauch und den resultierenden Emissionen (nicht nur CO₂) auch die volkswirtschaftlichen Kosten bewertet.“ DK

Wasserkraft als wichtige Energie-Quelle Bayerns

Lechwerke-Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühnl warnen: Versorgungssicherheit nicht zum Nulltarif

Augsburg (jdt). Die „großen Veränderungen“, vor denen sich die europaweit in vielfältige Bewegung geratene Energiebranche sieht, rückten in den Mittelpunkt eines Hintergrundgesprächs, zu dem die Führung der Lechwerke AG (Augsburg) die Presse in das Dorint Hotel Augsburg geladen hatte. Die Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühnl informierten über „LEW im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Regulierung“.

In den Vordergrund rückten dabei unter anderem Forderungen nach der unumgänglichen Herbeiführung von gleichen und damit fairen Ausgangsbedingungen in den nunmehr enger zusammengedrängten EU-Staaten. Herausgestellt wurde die ganz besondere Bedeutung der Wasserkraft als der wichtigsten erneuerbaren Energie-Quelle. Diese trage mit knapp 20 Prozent zur Stromerzeugung in Bayern bei. Gewarnt wurde davor, den Beitrag der Wasserkraft zur Stromerzeugung zu schmälern: „Die Wasserkraft darf von der Förderung der erneuerbaren Energien nicht ausgeschlossen werden“.

Tiefgreifende strukturelle Veränderungen

Zum Hintergrundgespräch erläuterten Paul Waning und Ulrich Kühnl: „Die Vorgaben der EU-Kommission zum sogenannten Unbundling (Trennung der Be-

reiche Stromvertrieb und Stromerzeugung vom Bereich Netz) bringen tiefgreifende strukturelle Veränderungen der Energiewirtschaft mit sich. Die Vorlage zu einem neuen Energiewirtschaftsgesetz, das spätestens Ende dieses Jahres in Kraft treten soll, enthält weitere regulierende Maßnahmen für die Stromwirtschaft in Deutschland. Die Lechwerke als regionaler Energieversorger sind von dieser Marktregulierung unmittelbar betroffen“.

Vorstandsmitglied Paul Waning befasste sich im einzelnen mit der Thematik: „Unbundling und Modernisierung der LEW durch neue Strukturen“. Hierbei ging er auch ein auf den Handlungsdruck durch Unbundling-Richtlinien, das Umsetzungskonzept RWE/LEW und das Kooperationsangebot der LEW an Stadtwerke und EVU. Zu den Zielen gehörten die Schaffung von Transparenz der Netznutzungsbedingungen für alle Netznutzer in der EU, die Verhinderung von Quersubventionen zwischen Netz und wettbewerblichen Bereichen wie Erzeugung, Vertrieb und Handel und die Gleichbehandlung der Netznutzer.

Modernisierung - Kooperationen

Nach der Beleuchtung der Umsetzungsfristen für das Unbundling ab Mitte 2004 bis zum Jahr 2007 und der bisherigen Maßnahmen des RWE-Konzerns (zu dessen Töchtern die Lechwerke gehören), mit dem Blick auf die „erheblichen Mehrkosten durch Unbundling“, ging Paul Waning auf die Modernisierung des schwäbischen Energieversorgers durch neue Strukturen ein. Dazu zählten Flexibilität für regionale Kooperationen und u. a. Geschäftsfeld-Verantwortung und -Steuerung. Nötig gewesen sei bei der Umstrukturierung und Neuorganisation der Lechwerke seit Mitte 2003 „ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft aller Beteiligten“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien von Anfang an in die Erarbeitung der

Konzepte eingebunden gewesen und hätten ihre Vorstellungen und Erfahrungen eingebracht.

Hingewiesen wurde auf die Modernisierung der RWE AG (RWE Energy). Hier ergibt sich die Aufteilung in die Regionen Süd (LEW), Nord (RWE Westfalen-Weser-Ems), Mitte (RWE Rhein-Ruhr), West (VSE - Pfalzwerke), Südwest (Süwag KEVAG) und Ost (enviaM). Hinzu kommen die Regionen Tschechien, Ungarn, Slowakei, Polen, Niederlande und Österreich und außerdem RWE Transportnetz Gas GmbH, RWE Transgas a. s., RWE Transportnetz Strom GmbH, RWE Solutions und RWE Gas.

Für die Realisierung des Unbundlings wurden die Grundstrukturen der LEW neu geordnet. Verteilnetz-GmbH, Netzservice GmbH (mit den eigenständigen Bereichen Technischer Service und Netzführung), Kundenservice GmbH und Erzeugung-GmbH der LEW AG wurden in eigene Gesellschaften überführt. Die Neuorganisation erfordere, so Waning, keine betriebsbedingten Kündigungen. Eine erfolgreiche Personalreduzierung sei durch das Vorruhestandsmodell möglich. In enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat gebe es Besitzstandswahrung und Mitbestimmung.

Rechtzeitig gegensteuern

„Rechtzeitiges Gegensteuern ist überlebensnotwendig“, betonte Waning. Ein erheblicher Kostendruck sei zu verkräften. Nötig seien die Sicherung guter wirtschaftlicher Ergebnisse, sowie der Erhalt von Markt- und Wettbewerbsfähigkeit und regionaler Arbeitsplätze in unternehmerischer Verantwortung. Sein Führungsmodell ist eine „Koope-ration auf Augenhöhe“.

Bayerns Stromkunden finanzieren teuren Wind

Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl wandte sich dem Thema „Die Lechwerke im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Regulierung“ zu. Er befasste sich kritisch mit der EEG-Förderung (Europäische Energie-Gesetz-Förderung) zu Lasten der bayerischen Wasserkraft. Die Windenergie erfahre eine EEG-Förderung von nicht weniger als 68,9 Prozent, das Wasser nur von



„Versorgungssicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben“, dies betonten bei einem Pressegespräch in Augsburg die Vorstandsmitglieder der Lechwerke AG, Paul Waning (links) und Ulrich Kühnl. Bild: -jdt-

18,6 Prozent. Die Zahlungen der bayerischen Verbraucher in die bundesweite EEG-Förderung beliefen sich auf 320 Millionen Euro. Davon bezahlten die Kunden der LEW 36 Millionen Euro. Dem stehe, wie Kühnl anmerkte, eine EEG-Förderung für Anlagen im LEW-Netzgebiet in Höhe von 34 Millionen Euro gegenüber. LEW-Kunden seien damit mit einem Minus von zwei Millionen Euro EEG-Nettozahler.

„Die Wettbewerbssituation der Wasserkraft als die regenerative Energiequelle Bayerns muss gesichert werden“, betonte Ulrich Kühnl. Ordnungsrechtliche Sonderbelastungen aus der Monopolzeit passten nicht zum Wettbewerb. Weiter dürfe es keine zusätzlichen Belastungen aus der EU-Wasserrahmen-Richtlinie geben, keine Benachteiligung bayerischer Wasserkraft im Bundesvergleich und keine weiteren Belastungen bei den Konzessionsverlängerungen.

Erinnerung an „Blackouts“

Von Vorstandsmitglied Kühnl wurde gewarnt: „Versorgungssicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die Netzsicherheit in Deutschland ist noch hoch“. Alarmsignale gegeben habe es mit den größeren „Blackouts“ im Jahr 2003 in den USA und Kanada (wo 30 Stunden lang rund 50 Millionen Menschen betroffen waren), in Italien (wo ebenfalls etwa 50 Millionen 24 Stunden lang geschockt waren), in Schweden und Dänemark (sieben Stunden lang kein Strom für ungefähr fünf Millionen Einwohner) und in London (eine

Stunde 480.000 Menschen ohne Stromzufuhr), Substanzerhalten- der Netzentgelte seien Bedingung für die Versorgungssicherheit in Deutschland.

Auch in der Diskussion wurde herausgestellt, dass Wasserkraft für die sichere und kostengünstige Energieversorgung Bayerns und die bayerische Volkswirtschaft eine enorme Bedeutung habe. Strom aus Wasserkraft vermeide jährlich in Bayern 12 Millionen Tonnen CO₂ gegenüber einer Erzeugung aus Kohle. Die Nutzung der Wasserkraft und die lokalen Umweltschutzziele ließen sich in ausgewogener Weise in Übereinstimmung bringen. Hingewiesen wurde darauf, dass im Zuge der Nutzung der Wasserkraft herausragende Naturschutzgebiete entstanden.

Gegen Windräder auf Gipfeln

Kritisch beleuchtet wurde die da und dort spürbare Überlastung der Landschaft mit bis zu 150 Meter hohen Windkraftanlagen, auch in landschaftlich herausragend schönen Gebieten. Gegen die Windräder“ regt sich unterdessen u. a. auch erheblicher Widerstand in den Kommunen und in der Bevölkerung, so in letzter Zeit in den Landkreisen Donau-Ries und Günzburg. Auf die Frage eines Journalisten, ob denn nicht eines Tages sogar Gipfelkreuze in den Bergen Windrädern weichen müssten, hatte Ulrich Kühnl als aktives Mitglied des Deutschen Alpenvereins eine klare Antwort: „Das würden wir mit aller Macht zu verhindern wissen“.

Erdgastankstelle Weilheim ein Jahr in Betrieb

Ein Jahr nach Eröffnung der Erdgastankstelle in Weilheim zogen die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und der Regionalverkehr Oberbayern (RVO) eine erste Bilanz. Erfreuliches Fazit: Fünf weitere erdgasbetriebene Omnibusse werden ihren Fahrbetrieb aufnehmen – mit dem Segen der örtlichen Kirchenvertreter. Damit setzt die RVO bei Ihrer Niederlassung Weilheim insgesamt 14 erdgasbetriebene Omnibusse ein.

CNG, also komprimiertes Erdgas, ist in naher Zukunft die optimale Lösung, um Mobilität sauber und umweltverträglich zu gestalten. Diese Erkenntnis ließ bei den Verantwortlichen der ESB und der RVO die gemeinsame Entscheidung reifen eine Erdgastankstelle auf dem Gelände des Betriebshofes der RVO zu errichten. Mit den Ergebnissen des ersten Betriebsjahres sind alle Partner sehr zufrieden, so der Tenor eines Pressegesprächs mit den Firmenvertretern der ESB und der RVO, sowie Landrat Luitpold Braun.

Die anschließende Segnung von fünf erdgasbetriebenen Bus-

sen machte klar, der eingeschlagene Weg, umweltfreundliche und zugleich verbrauchsgünstige Busse vermehrt einzusetzen, wird weiter beschritten. „Ein weiterer positiver Aspekt“, so Veit Bodenschatz, Geschäftsführer der RVO, „Erdgas-Busse sind zugleich erheblich leiser als herkömmliche und damit kundenfreundlicher.“

Fördermittel vom Staat

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren günstige Rahmenbedingungen für die Markteinführung von Erdgas als Kraftstoff eingesetzt. Für die An-



Erdgasfahrzeuge verursachen nur die Hälfte der Spritkosten und sie sind entschieden umweltfreundlicher als benzin- oder dieselbetriebene. Getankt wird heute an normalen Tankstellen. Das Netz in Deutschland wird immer dichter. Foto: ESB

schaffung von Erdgasbussen werden vom Freistaat Bayern weiterhin erhebliche Fördermittel bereitgestellt.

Saubere Busflotte

Landrat Luitpold Braun lobte in seinem Grußwort das Engagement der RVO: „Noch wird bei den PKW-Herstellern über Rußfilter diskutiert, da ist bei den RVO-Leuten bereits eine neue, effiziente Technik im Einsatz. Das nenne ich Vorbildrolle des ÖPNV in Sachen Umweltschutz.“ In der umweltsensiblen Region sei man außerordentlich dankbar für das Engagement der beiden Unternehmen. Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB, hatte ein Anschauungsobjekt mitgebracht: Vier Kilogramm Rußpartikel in einer Plastikbox. „Das entspricht der Rußmenge, die bei 14 Bussen in einem Monat anfällt“, be-

richtete er. So viel Schmutz wird im Landkreis Weilheim-Schongau eingespart.

„Als größter regionaler Busbetreiber im süddeutschen Raum mit rund 325 Bussen stellen wir uns unserer Verantwortung für eine lebenswerte Umwelt“, so RVO Geschäftsführer Veit Bodenschatz. Die RVO plant, über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zu 30 erdgasbetriebene Busse allein am Standort Weilheim anzuschaffen. Das bedeutet, dass die prognostizierte Erdgasmenge von 12 Mio. kWh bei 30 Bussen eine Emissions-Entlastung von 3.650 kg Schwefeldioxid, 432 kg Stickoxide sowie 1.296 kg Kohlenmonoxid bringt, nicht zu reden von der deutlichen Einsparung der CO₂ Emissionen. Erdgas ist der umweltfreundlichste Kraftstoff auf fossiler Basis: 80 Prozent geringeres Ozon- und Smogbildungspotential, 20 Prozent weniger Treibhausgase, keine Partikel, kein Schwefel. Außerdem treten beim Tanken keine Emissionen auf.

Billigster fossiler Kraftstoff

Erdgas ist vom Preis her der billigste fossile Kraftstoff. Vor allem gegenüber Benzin aber auch im Vergleich zu Diesel scheidet das Erdgas bei Preisen zwischen 0,54 und 0,61 Euro pro Kilogramm (Erdgas wird in Kilogramm gemessen) immer besser ab. Das wird vor allem dadurch deutlich, dass 1 Kilogramm Erdgas etwa 1,5 Liter Benzin entspricht. Das Sparpotential bei den Kraftstoffkosten (Pkw) beträgt durchschnittlich 50 Prozent.

Energie-Einspar-Contracting in Dorfen

Der Abschluss der energetischen Sanierung von drei Schulen, vier Kindergärten und dem Freibad war Anlass einer Feierstunde im Freibad der Stadt Dorfen. Vor zahlreichen Ehrengästen, der stellvertretenden Landrätin und Bürgermeistern umliegender Kommunen startete Bürgermeister Josef Sterr per Knopfdruck den Frequenzumrichter der Umwälzpumpen.

Diese neu eingebaute Technik ist Teil eines Maßnahmenpaketes, durch das ab sofort jährlich mindestens 24 Prozent der Energiekosten eingespart werden. „Unser Haushalt wird nicht belastet. Sämtliche Investitionen und Einspargarantien werden durch unseren Partner, die Firma Dyneco, übernommen“, betonte der Rathauschef in seiner Begrüßungsansprache.

EnergieCheck-Vertrag

Möglich ist dieser Weg durch den EnergieCheck-Vertrag, abgeschlossen auf Contracting-Basis mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Nach der Projektübergabe folgt jetzt die zehn Jahre währende Phase Objektbetreuung. Ralf Nelhiebel, Geschäftsführer von Dyneco, will die Garantien nicht nur einhalten, sondern noch übertreffen: „In unserem Projekt Waldfriedhof Fürstenfeldbruck konnten wir im zweiten Jahr statt den garantierten 23 Prozent sogar 39 Prozent an Einsparung erreichen. Darüber freut sich jeder Kämmerer angesichts der angespannten Lage in den öffentlichen Kassen.“ Bayernweit gibt es bereits viele Kommunen, die mit dem EnergieCheck arbeiten - unter anderem Fürstenfeldbruck, Mering, Bogen und Schrobenhausen.

Die stellvertretende Landrätin des Landkreises Erding, Mari-

anne Rötzer, lobte in Ihrer Ansprache Bürgermeister Sterr und den Dorfener Stadtrat für den eingeschlagenen Weg. „Es ist gut, dass Dorfen hier im Landkreis vorangeht. Ich wünsche mir dies für viele Kommunen in unserem Landkreis, natürlich wegen der Haushaltssituation, aber auch unser Umwelt zuliebe.“ Ab sofort sinkt der jährliche Kohlendioxid-Ausstoß der modernisierten Liegenschaften um jährlich 56 Tonnen - Grund genug für Bürgermeister Sterr, schon jetzt über Folgeprojekte nachzudenken.

Systeme zusammen steuern

„Umwälzung, Heizung/Klima und Wasserkosten sind die drei Hauptbereiche, wo wir ansetzen“, so Ralf Nelhiebel in seinem Fachvortrag. Besonders wichtig sei es, die Systeme übergreifend zu steuern, da sonst beispielsweise Heizung und Lüftung „gegeneinander“ arbeiteten und meist zuviel Wärme über die feuchte Luft nach außen transportiert werde. Auch die Wasserkosten ließen sich drastisch senken - mit Hilfe eines eigenen Wasserwerkes sowie durch Abwasseraufbereitung. Diese Maßnahme erfordere jedoch das Vorhandensein eines gesonderten Schwallwasserbehälters.

Refinanzierung

„Die Kernkompetenz von Dyneco liegt darin, Maßnahmen zu finden, die sich allein und garantiert aus den Einsparungen refinanzieren“, betonte René Wencelides, Contracting-Berater aus München. Schlechter amortisierende, aber notwendige Einbauten könnten durch schneller amortisierende querfinanziert werden. Mit der äußerst effektiven Modernisierung einer Straßenbeleuchtung beispielsweise seien auch bauliche Sanierungen an einer Schule oder Kindergärten mitzufinanzieren. „Wir sehen unsere Aufgabe darin, die für die Kommune anstehenden Probleme zu lösen und haushaltsneutrale Lösungen anzubieten, so Nelhiebel abschließend. DK



Unser Bild zeigt (v.l.): Marian Freiherr von Gravenreuth; 1. Vorsitzender des bayerischen Waldbesitzerverbandes, Landrat Heiner Janik, MdL Engelbert Kupka, Staatsminister Josef Miller, Walter Gigl; 1. Bürgermeister und Geschäftsführer der ZES und Adolf Ammer; Aufsichtsratsvorsitzende der ZES. <

Biowärme für Sauerlach

Offizielle Einweihung des Heizkraftwerks mit Landwirtschaftsminister Josef Miller

„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“ Dass dieses Zitat von Hermann Hesse auch und im Besonderen für das Biomasse-Heizkraftwerk Sauerlach gilt, hob 1. Bürgermeister Walter Gigl bei der offiziellen Einweihung der Anlage vor etwa 200 geladenen Gästen hervor. Mit der Entscheidung zum Bau und Betrieb habe man einen wesentlichen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und lebenswerten Zukunft für die kommenden Generationen unternommen.

In seiner Festrede bezeichnete Landwirtschaftsminister Josef Miller das Heizkraftwerk als herausragendes Beispiel kommunalen Engagements zugunsten der Energieversorgung mittels Biomasse. Die Anlage versorge zahlreiche öffentliche Gebäude, Ein- und Zweifamilienhäuser sowie mehrere private und gewerbliche Großabnehmer über eine vierzehn Kilometer lange Trasse mit umweltfreundlicher Wärme.

5.900 Tonnen weniger CO₂

Das Kraftwerk sei ein herausragendes Beispiel für klima- und ressourcenschonende Energieversorgung, betonte Miller. Angesichts knapper werdender fossiler Brennstoffe und der Treibhausproblematik komme der energetischen Nutzung von Biomasse eine immer höhere Bedeutung zu. Die Anlage spart jährlich rund 2,2 Millionen Liter Heizöl ein. Damit wird der Ausstoß von rund 5.900 Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid vermieden, denn bei der Holzverbrennung wird nur so viel des Gases freigesetzt, wie beim Aufwuchs zuvor gebunden wurde. Dazu kommen Einsparungen durch die mit dem Biomasse-Kessel verbundene ORC (Organic-Rankine-Cycle)-Anlage, die bereits jetzt 2000 MWh Strom ins öffentliche Netz einspeist -

ein bayernweites Novum. Mit der Biowärme, die in Form von heißem Wasser zu den Abnehmern gelangt, werden etwa 150 Hausanschlüsse versorgt.

Gemeindliche GmbH

Herzstück der Anlage sind ein Biomasse- und ein Spitzenlastkessel mit sieben Megawatt Leistung. In einem zweiten Bauabschnitt kommt ein weiterer Biomassekessel mit zwei Megawatt Leistung dazu. Zusätzlich erzeugt eine Turbine mit 480 Kilowatt Leistung über Kraft-Wärme-Kopplung Strom. Das Heizkraftwerk wird im Endausbau mit jährlich 6.000 Tonnen naturbelassenem Wald- und Restholz aus der Region beschickt. Die rund 8,9 Millionen Euro teure Investition wird mit rund 2,7 Millionen Euro aus Mitteln der „Offensive Zukunft Bayern“ bezuschusst. Betreiber und Investor ist die Zukunftenergie Sauerlach GmbH (ZES), eine gemeindliche GmbH mit stillen Gesellschaftern, deren Geschäftsführer Bürgermeister Walter Gigl ist.

Einkommensquelle

Energiegewinnung aus Biomasse ist laut Miller ein Schwerpunkt seiner Agrarpolitik: „Wärme und Strom aus Stall, Feld und Wald haben Zukunft.“ Die Roh-

stoffe kommen von ortsansässigen Bauern oder Waldbesitzern. Dies bedeutet gerade für die oft von rückläufigen Einnahmen betroffene Land- und Forstwirtschaft eine zusätzliche Einkommensquelle. Biomasse deckt in Bayern 3,76 Prozent des Primärenergieverbrauchs, bundesweit sind es 1,9 Prozent. Bayern spart dadurch den Einsatz von 2,2 Milliarden Liter Heizöl, was einer Lkw-Kolonnen mit 75.000 Tankzügen von Sauerlach bis Neapel entspricht. DK

GZ-Interview mit Thüga-Vorstandsvorsitzendem Armin Geiß:

„Das Kartellamt behindert unsere Entwicklung“

Behörde gegen weitere Beteiligungen von Energieversorgern an Kommunalunternehmen / Kritik an neuen gesetzlichen Regelungen

Die Thüga AG verfolgt seit vielen Jahrzehnten ein sehr erfolgreiches Geschäftskonzept. Das Münchener Unternehmen, 1867 in Gotha als Thüringer Gasgesellschaft gegründet und inzwischen 100-prozentige Tochter des E.ON-Konzerns, erwirbt Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Versorgungsunternehmen und dient diesen Beteiligungsunternehmen als Dienstleister mit Rat und Know-how bei Einkauf, Vertrieb, Handel, Technik, Betriebswirtschaft, Recht, Steuern und EDV. Nach Jahren starken Wachstums sieht sich das Unternehmen aber jetzt in seiner Entwicklung in Deutschland durch das Bundeskartellamt behindert. Die Kartellwächter wollen Beteiligungen von Versorgungsunternehmen an Stadtwerken und Kommunalunternehmen nicht mehr hinnehmen. Sie sehen darin eine Gefahr der Machtkonzentration, ja sogar der Monopolisierung. Über die derzeitige Situation und die weiteren Aussichten der Thüga sprach die Gemeindezeitung mit Thüga-Chef Armin Geiß.

GZ: Auf dem Energiemarkt hat es in letzter Zeit viel Bewegung gegeben. Wem gehört heute die Thüga?

Geiß: Die Thüga gehört jetzt zu rund 81 Prozent der Ruhrgas AG und zu 19 Prozent der Contigas, also letztlich zu 100 Prozent dem E.ON-Konzern, denn Ruhrgas und Contigas gehören zum E.ON-Konzern.

GZ: Hängt die komplizierte Tatsache, dass die Thüga indirekt über Ruhrgas und Contigas an E.ON gebunden ist, mit Auflagen des Kartellamtes bei der Übernahme der Ruhrgas durch E.ON zusammen?

Strategien

Geiß: Nein, E.ON hat sich überlegt, wie seine Geschäftsfelder am besten zu sortieren sind. Und nachdem die Thüga schwerpunktmäßig im Gasmarkt tätig ist, ist sie zur Ruhrgas umgehängt worden, die im

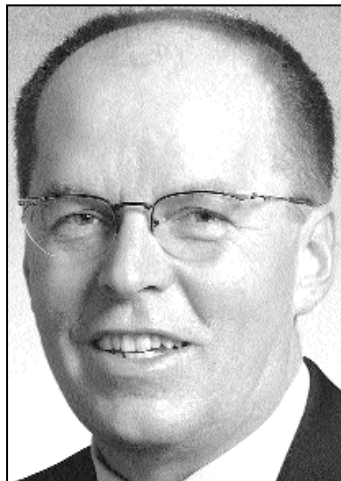
E.ON-Konzern für das paneuropäische Gasgeschäft verantwortlich ist.

GZ: Hat sich durch die Änderungen im Kreis der Eigner etwas am sogenannten Thüga-Modell geändert?

Einmaliges Geschäftsmodell

Geiß: Nein, es hat sich nichts geändert. Das Thüga-Geschäftsmodell besteht ja darin, dass wir unsere etwa 120 Beteiligungsunternehmen bei Einkauf, Vertrieb, Handel, Technik, Betriebswirtschaft, EDV und unter Berücksichtigung steuerlicher und rechtlicher Aspekte beraten und ihnen Know-how zur Verfügung stellen, und zwar im Wesentlichen kostenlos. Wir werden honoriert durch die Erträge dieser Beteiligungsunternehmen, die uns anteilmäßig zustehen. Wir halten in aller Regel Minderheitsbeteiligungen bis 49 Prozent. Das Thüga-Geschäftsmodell

dell, das sich schon ziemlich bald nach der Gründung der Thüringer Gasgesellschaft 1867 in Gotha herausgebildet hat, beruht in hohem Maße auf gegenseitigem Vertrauen, das wir dadurch schaffen, dass wir strikt im Interesse unserer Beteiligungsunternehmen handeln.



Thüga-Chef Armin Geiß.

GZ: Was sind die Kerngeschäftsfelder, auf die sich die Thüga konzentrieren will?

Geiß: Eindeutig Strom und Gas. Wir sind an Drittunternehmen, den kommunalen Unternehmen, beteiligt, die Strom und Gas verteilen und verkaufen. Diese Unternehmen haben aber auch zu tun mit Wasser, Abwasser, Wärme und etwa Häfen. So sind wir mittelbar auch an Trinkwasserversorgungen mitbeteiligt. Aber das Wassergeschäft als

eigenständiger Geschäftszweig ist nicht unser Thema.

GZ: Warum nicht, das ist doch ein zukunftssträchtiges Geschäftsfeld?

Geiß: Aber es ist es etwas anderes als die Geschäfte mit Strom und Gas, die der E.ON-Konzern als Konzerngeschäftsfelder definiert hat. Und vergessen Sie nicht, dass E.ON im Rahmen der Ruhrgas-Übernahme Gelsenwasser verkauft hat. Wir sehen aber Wasserversorgung bei Beteiligungsgesellschaften, soweit wirtschaftlich und zur Abrundung ihres Geschäftes vor Ort nötig, als sinnvoll an.

GZ: Verfolgt ihr Schwesterunternehmen E.ON Bayern neuerdings nicht das gleiche Konzept wie die Thüga, so dass es Konkurrenz in der Familie gibt?

Verschiedene Konzepte

Geiß: Nein, E.ON Bayern ist ein Flächen-Versorger, der primär unmittelbar seine Kunden versorgt. Der Verkauf von Strom und zunehmend auch von Gas ist das Kerngeschäft der Flächenversorger, auch wenn E.ON Bayern einige Beteiligungen an Stadtwerken hält. Das Kerngeschäft der Thüga hingegen ist das Halten von Beteiligungen und das Beraten und Unterstützen ihrer Partnerunternehmen. Das Thüga-Geschäftsmodell ist ziemlich einmalig, das macht in der Art sonst kaum ein anderes Unternehmen. Mit E.ON Bayern haben wir einige Beteiligungen getauscht, weil unsere Kernkompetenz Minderheitsbeteiligungen ist. Diese haben wir in 12 Bundesländern. Mit E.ON Bayern haben wir eine Mehrheitsbeteiligung in Schwandorf gegen Minderheitsbeteiligungen in Wertheim, Markredwitz und Lohr-Karlstadt getauscht.

GZ: Also keine Konkurrenz in der Familie?

Geiß: Doch, ein bisschen schon. Wenn ein Kommunalunternehmen eine Beteiligung abgeben wollte, haben sich durchaus im Wettbewerb Schwesterunternehmen darum beworben. Dies aber im Rahmen von ganz unterschiedlichen Geschäftsmodellen. Vorlieferanten wie E.ON Bayern kaufen und verkaufen Strom und Gas und suchen die Nähe zu ihren Kunden. Die Thüga hingegen bietet vor allem Unterstützung für ihre Beteiligungsunternehmen da, wo es für sie wichtig ist, etwa indem sie den günstigen Einkauf von Material oder Strom organisiert.

Hilfestellung beim Einkauf

Für die Hilfestellung beim Einkauf gibt es ein eigenes Unternehmen, die Syneco, an der mittlerweile etwa 70 Unternehmen der Thüga-Gruppe beteiligt sind. Als Thüga-Gruppe bezeichnen wir die Gemeinschaft der Thüga und ihrer Beteiligungsunternehmen, auch wenn es sich dabei um Minderheitsbeteiligungen handelt. Die Thüga kauft aber nicht von einem Großhändler oder Erzeuger Strom oder Gas und beliefert dann ihre Gruppenmitglieder. Das wäre nicht unser Kerngeschäft.

GZ: Kommen wir zunächst aber zu einem ganz anderen Problem. Das Bundeskartellamt will nicht, dass sich künftig noch Energieversorger an Kommunalunternehmen beteiligen. Bei E.ON Bayern hat das Kartellamt deshalb verhindert, dass sich das Schwesterunternehmen mit 12 Prozent an der Aschaffenburger Versorgungs-GmbH beteiligt. Was haben die Kartellwächter einzuwenden, was stört sie an solchen Beteiligungen?

Geiß: Die Haltung des Kartellamtes ist in der Tat ein Problem für die Thüga. Das Kartellamt argumentiert, in Deutschland seien mit E.ON, RWE, Vattenfall

Stromwirtschaft und Politik:

Gefahr der Überregulierung

VBEW: „Regulierung muss auf Netze beschränkt bleiben“

„Die Regulierung darf nicht zur Strangulierung werden und die Stromversorgung gefährden.“ Mit diesem Plädoyer für eine schlanke Regulierung eröffnete Peter Deml, Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, das Energie-Forum zur 60. VBEW-Jahrestagung.

Auch Wirtschaftsminister Otto Wiesheu sieht Anzeichen für eine Überregulierung. Wiesheu kritisierte insbesondere die von der Bundesregierung beabsichtigte Verlagerung von Aufgaben hin zum Bund, obwohl in den Ländern Know-how und Personal bereits vorhanden sei. „Das führt zu mehr Bürokratie, einem aufgeblähten Behördenapparat und durch die Umlage der Zusatzkosten zu einer neuerlichen Strompreiserhöhung“, machte der Minister deutlich. Sowohl bei Netzentgelten als auch bei der Preisgenehmigung forderte er deshalb weiterhin eine Beteiligung der Länder.

Deml wies darauf hin, dass viele Stromausfälle ihre Ursachen nicht im Versagen der Marktkräfte, sondern in übermäßigen regulatorischen Eingriffen gehabt hätten. Der VBEW fordert deshalb, dass die Regulierung auf den Bereich Netz beschränkt bleibt und darüber hinaus nicht weiter in den Markt eingegriffen wird. Die Regulierung müsse mit Augenmaß betrieben werden, die Behörden dürften sich nicht unter falschem Erfolgsdruck setzen lassen. Eine sichere Stromversorgung sei der Lebensnerv der Volkswirtschaft, so Deml. Dies hätten die Versorgungskrisen der Vergangenheit wieder bewusst gemacht. Darüber hinaus fordert die Branche von der Bundesregierung ein umfassendes Energiekonzept, wie dies jetzt die bayerische Staatsregierung vorgelegt hat. Nur mit einer ausreichenden Planungssicherheit für die sowohl im Kraftwerksbau als auch bei den Netzen notwendigen Investitionen lasse sich auf Dauer Versorgungssicherheit gewährleisten, sagte Klaus Rauscher, Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe. Deshalb müssten die Nettosubstanzerhaltung und eine kapitalmarktorientierte Verzinsung gewährleistet werden.

und EnBW große Versorgungsbetriebe entstanden, die nicht noch weiter auf dem deutschen Markt wachsen sollten. Das bedeutet für die Thüga, dass sie beim Erwerb neuer Beteiligungen stark gebremst ist. Der Fall ist zum Beispiel in Ulm/Neu-Ulm eingetreten, wo die Thüga den Zuschlag für eine Beteiligung an den Stadtwerken, der SWU Energie GmbH, mit 25,1 % bekommen hat. Das Bundeskartellamt verhindert diese Beteiligung, es sei denn, die Thüga gäbe andere Beteiligungen ab. Das aber macht die Thüga nicht, denn wir sind kein Händler von Beteiligungen.

GZ: Was halten Sie der Kritik des Kartellamtes entgegen?

Geiß: Ich bin davon überzeugt, dass das Thüga-Modell nicht zu starken Marktpositionen führt, sondern dieses Modell ist angelegt auf die Optimierung bestehender, dezentral organisierter Unternehmen. Alles, was die Thüga für diese Unternehmen tut, ist im Interesse der Kunden sowie der Städte und Kommunen und letztlich des Wettbewerbs.

GZ: Schließen Sie Klagen gegen die Haltung des Kartellamtes aus?

Entwicklung abwarten

Geiß: Ja, wir werden erst einmal die Entwicklung abwarten. Die Städte Ulm/Neu-Ulm übrigen wollen auch abwarten, weil sie keine andere Lösungen anstreben. Ulm und Neu-Ulm wollen zur Thüga.

GZ: Ihr Schwesterunternehmen E.ON Bayern hat ein neues Kooperationskonzept vorgelegt. Ist das eine Möglichkeit auch für die Thüga?

Geiß: Um neue Kooperationswege zu gehen, hat E.ON Bayern die Beteiligungsgesellschaft Regionale Dienstleistungen Energie GmbH & Co KG (RDE) gegründet. (Anmerkung der Redaktion: RDE ist eine gemeinsame Plattform von E.ON Bayern und Weiteverteilern. In der RDE werden die Beteiligungsunternehmen zusammengefasst. In diese Gesellschaft werden Dienstleistungen für die Kunden transferiert, die ja als Kommanditisten an der RDE beteiligt sind. Innerhalb von zwei Jahren hat RDE 15 Partner gefunden. Mit weiteren Stadtwerken führt RDE Gespräche. Die Partner, die als Kommanditisten an RDE beteiligt sind, sind Kundenunter-

nehmen, an die E.ON Bayern Energie liefert.) Die Thüga hingegen hält Beteiligungen. Sie unterstützt diese Beteiligungsunternehmen durch Rat und Zurverfügungstellung von Know-how, sie liefert ihnen keine Energie. Als Entgelt, wenn man so sagen will, kassiert die Thüga Beteiligungsbeiträge in Form von Dividenden. Das RDE-Modell passt also nicht unmittelbar für die Thüga. Man kann sagen, dass E.ON Bayern das Thüga-Modell ohne Beteiligungen, dafür aber mit Kunden betreibt.

GZ: Dann ist es doch in Deutschland auf dem Markt, auf dem sich die Thüga bewegt, sehr ruhig geworden?

Anlagemöglichkeiten

Geiß: Nicht ganz ruhig. Neuerdings treten internationale Finanzinvestoren, meist Fonds, auf, die für ihre Kunden nach lukrativen Anlagemöglichkeiten im öffentlichen Bereich suchen. Diese Finanzinvestoren können für die kommunale Seite interessant sein. Einige von ihnen haben sich schon an Krankenhäusern beteiligt. Bei diesen Engagements handelt es sich aber um reine Finanzinvestitionen. Nach einiger Zeit geben diese Investoren ihre Engagements wieder auf. Für kleine und mittlere Städte wären aber strategische Partner besser, die nicht nur eine reine Kapitalanlage betreiben, sondern sich fachkundig und langfristig in der Sache engagieren.

GZ: Die Thüga ist ja auch im Ausland tätig. Wie sehen dort die Pläne aus?

Geiß: Wir können nur dorthin gehen, wo eine Versorgungsstruktur vorhanden ist, die dem Thüga-Modell entspricht. Italien ist eines dieser Länder, wo das ganz gut passt.

GZ: Die Vollkosten werden von Werk zu Werk differieren. Aber wo lägen sie denn, wenn man einen Mittelwert nimmt?

Geiß: Bei rentablen Kraftwerke hierzulande, wie zum Beispiel bei gasgefeuerten Gas- und Dampfanlagen (GuD-Anlagen), liegen die Vollkosten der Erzeugung bei etwa 3,5 bis 4 Cent je Kilowattstunde. Da ist noch kein Gewinnaufschlag drin, und dabei sind keine Unwägbarkeiten bei den Brennstoffkosten berücksichtigt. Ein Mittelwert ist also mit Vorsicht zu genießen. Tendenziell werden die Strompreise in Deutschland eher steigen. **dh**

Biomasse-Heizwerk Bad Endorf:

Konzept hat sich bewährt

Bürger sind mit der ökologischen Nahwärmeversorgung zufrieden

„Mit der ökologischen Nahwärmeversorgung von der MVV Energie haben wir nun noch ein Argument mehr zu verbesserter Luftqualität für unser 'anerkanntes Heilbad' zu werben“, freut sich Hans Eder, Kämmerer der Gemeinde Bad Endorf. Denn die Vorteile der sicheren, umweltfreundlichen und kostengünstigen Wärmeversorgung erwärmen seit Mitte 2002 auch die Bad Endorfer.

In der Marktgemeinde erschließt ein Biomasse-Heizwerk mit einem rund dreieinhalb Kilometer langen Leitungsnetz Teile der Gemeinde in der reizvollen Voralpenlandschaft mit Nahwärme. Bauherr und Betreiber der Anlage ist das Mannheimer Energieverteilungs- und Dienstleistungsunternehmen MVV Energie. Bürgermeister Hans Hofstetter: „Der Bau des modernen Biomasseheizwerkes verbindet für uns Endorfer den Umweltschutz mit einer zukunftsweisenden Energieversorgung. Im Rahmen der Agenda 21 wollte der Marktgemeinderat mit seinem Beschluss zur Errichtung eines Biomasse-Heizwerkes im Frühjahr 2000 ein Zeichen für eine Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energiequellen setzen.“

Rund 4 Megawatt Leistung

Das hocheffiziente und mit modernsten Abgasreinigungseinrichtungen ausgerüstete Heizwerk mit einer Leistung von rund vier Megawatt versorgt mittlerweile ein Neubaugebiet „Hochplatten- und Zugspitzstraße“ mit im Endausbau über 50 Gebäuden, die Simssee-Klinik, das Jod-Thermalbad „Chiemgau Thermen“, das Thermenhotel „Ströbinger Hof“, das Rathaus, den Bauhof und die Schule sowie über 50 privaten Kunden in 40 Einfamilien-

häusern und sechs Mehrfamilienhäusern mit Nahwärme.

Seit der Inbetriebnahme im Juni 2002 bis Ende 2003 wurden im Heizwerk Bad Endorf rund 16.500 Megawatt-Stunden Wärme erzeugt. Der Anteil des Holzkessels und der Kondensationanlage lag hierbei bei 15.750 MWh, durch den Ölkessel wurden nur 750 MWh erzeugt.

Enorme Einsparungen

Die Wärmeerzeugung durch den Holzkessel lag demnach bei über 95 Prozent. Für die Erzeugung wurden hierfür rund 20.500 Kubikmeter Holzhackschnittel sowie ca. 80.000 Liter Heizöl verbraucht. Durch den Einsatz des ökologischen Energieträgers Holz wurden in diesem Zeitraum über 1,87 Millionen Liter des fossilen Brennstoffes Heizöl eingespart. Zusätzlich wurden dadurch auch etwa 5.700 Tonnen des klimaschädigenden Treibhausgases Kohlendioxid eingespart.

Computergestütztes System

Die gesamte Technik im Heizwerk wird durch ein computergestütztes Energiemanagementsystem laufend überwacht. Hierzu gehören Messungen, Regelungen und Überwachungen aller Heizungspumpen, Regelventile und Sicherheitseinrichtungen, auch bei den einzel-

nen Wärmeabnehmern. Die Wärme gelangt im Nahwärmenetz gebrauchsfertig in Form von Heizwasser über erdverlegte, hoch wärmedämmte Spezialrohre zum Verbraucher.

„Mit der ökologischen Nahwärmeversorgung der MVV Energie bin ich sehr zufrieden“, sagt Kunde Hans Doll, „aufgrund der guten Erfahrungen konnte ich sogar schon andere Endorfer Bürger von einem Anschluss überzeugen.“

Unübersehbare Vorteile

Denn die Vorteile liegen auf der Hand: Man kann genauer kalkulieren, weil Holzpreise erfahrungsgemäß nicht so starken Schwankungen unterliegen wie Ölpreise. Es fallen keine zusätzlichen Kosten für Wartung oder Reparatur an. Man muss sich nicht mehr um Ölbestellung, Kaminkehrer, die Tankreinigung, oder den TÜV kümmern. Der Nutzer hat mehr Platz in seinem Haus, da kein Heizöllagererraum und Kesselraum mehr notwendig sind. Eine hohe Versorgungssicherheit durch zwei Heizkessel im Heizwerk ist gesichert.

Elisabeth Webersberger, seit über einem Jahr Kunde, meint „nach anfänglichen Schwierigkeiten, bin ich mittlerweile rundum zufrieden mit der ökologischen MVV-Nahwärmeversorgung. Vor allem, dass ich mich nicht mehr um Heizöleinkauf und Schornsteinfeger kümmern muss, finde ich klasse!“

Besuchergruppen können eine Führung durch das Heizwerk bekommen und werden gerne mit Informationen versorgt. **z**

GaLaBau 2004 in Nürnberg:

Exponierter Treffpunkt der Grünbau-Branche

Mit Spannung blickt die Grünbau-Fachwelt auf die GaLaBau, die Internationale Fachmesse für Urbanes Grün und Freiräume, die vom 15. bis 18. September 2004 im Messezentrum Nürnberg stattfindet. Dass die Fachmesse nach 2002 auch in diesem Jahr wieder ein Erfolg wird, dafür gibt es gute Vorzeichen. „Vier Monate vor der GaLaBau sind bereits über 90 Prozent der Fläche der Vorveranstaltung belegt“, freute sich Walter Hufnagel, Mitglied der Geschäftsleitung bei der Nürnberg-Messe bei einem Fachpressegespräch. Dem pflichtete Werner Küsters, Präsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, bei: „Grün ist im Trend. Dies spürt der Markt.“

Hinter der GaLaBau stehen zwei erfahrene und langjährige Partner: der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL), Bad Honnef, als ideeller Träger und die NürnbergMesse als Veranstalter.

Aussteller und Besucher

Die Aussteller der GaLaBau sind vor allem Hersteller von Maschinen und Geräten für Flächenpflege, Erdbau, Recycling, Baumpflege und Pflasterarbeiten, von Spiel- und Sportplatzgeräten, Anbieter von Pflanzen sowie Ausrüster für urbane Gestaltung. Die Besucher kommen vorwiegend aus Fachbetrieben der Bauausführung und Pflege, sind Architekten und Fachplaner oder Auftraggeber aus der Privatwirtschaft bzw. der öffentlichen Hand.

„Aufgrund der zentralen Lage Nürnbergs erhoffen wir uns bei den Besucherzahlen einen positiven Effekt von der EU-Osterweiterung“, so Hufnagel. „Im

ersten Halbjahr dieses Jahres konnten wir bereits gute Erfahrungen mit Besuch aus angrenzenden mittel- und osteuropäischen Ländern machen. Jüngstes Beispiel dafür ist der Messeverbund HOLZ-HANDWERK und fensterbau/frontale, der Anfang April zu Ende ging. Viele Besucher kamen zu dieser Veranstaltung aus den neuen Beitrittsländern nach Nürnberg, allen voran aus Polen, Ungarn und Tschechien.“

Angebotssegmente

Die GaLaBau ist die Fachmesse mit dem weltweit umfassendsten Fachangebot für Planung, Bau und Pflege von Urban-, Grün- und Freiräumen. Rund ein Viertel der Gesamtfläche der GaLaBau 2004 belegen die Aussteller von Baumaschinen und -geräten, ein weiteres Viertel die Pflegemaschinen und -geräte. Das Angebotssegment Baustoffe nimmt etwa ein Fünftel der Ausstellungsfläche ein. Der Bereich Spiel- und Sportplätze sowie Urbane Ge-

staltung macht etwa ein Sechstel des gesamten Fachangebots aus. Besonders beliebt bei Ausstellern wie Besuchern sind die großzügigen Aktionsflächen. In diesem Jahr werden die Vorführungen mit Maschinen und Geräten aus der Flächenpflege auf der „Aktionsfläche Flächenpflege“ am SilberseePark gezeigt. Die „Aktionsfläche Erdbau“ befindet sich auf dem Freigelände vor den Hallen 3 und 4.

Innovations-Medaille

Sehr begehrt bei Ausstellern ist die GaLaBau-Innovations-Medaille, die auch in diesem Jahr wieder auf der Messe verliehen wird. Ausgezeichnet werden neue und fortschrittliche Produkte sowie Verfahren im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau. Die Medaille gilt in der Branche inzwischen als eine Art Qualitätssiegel. Alle Aussteller der GaLaBau, die ein neues Produkt oder eine wesentliche Weiterentwicklung anbieten, sind zur Teilnahme eingeladen. Detaillierte Informationen wie Teilnahmebedingungen sind beim Auslober der GaLaBau-Innovations-Medaille, dem BGL, erhältlich.

Internationaler Trendpreis

Seit Jahren ist die GaLaBau nicht nur eine Produktschau, sondern auch eine Fachmesse, die aktuelle Entwicklungen und

Trends des deutschen und europäischen Planungs- und Baugeschehens aufgreift. Genau deshalb ist Nürnberg der richtige Ort für die Auszeichnung richtungsweisender Leistungen. Bereits zum vierten Mal wird in diesem Jahr der Internationale Trendpreis „Bauen mit Grün“ vom BGL und der ELCA (European Landscape Contractors Association) verliehen. Prämiert werden hervorragend ausgeführte Grüngestaltungen an Bauwerken und Außenanlagen.

Im Zuge der EU-Osterweiterung ergeben sich für Unternehmen neue Absatzmärkte und Produktionsstandorte in den neuen Beitrittsländern. Deshalb wird es am 17. September auf der GaLaBau 2004 eine Vortragsreihe zum Thema „EU-Osterweiterung“ geben.

playmobil FunPark

Ein gelungenes Beispiel dafür, wie Freizeitanlagen überzeugend konzipiert und verwirklicht werden können, ist der playmobil FunPark in Zirndorf. Die Welt mit Kinderaugen sehen, spontan sein und das tun, wonach einem der Sinn steht. Sich fühlen wie ein starker Ritter, abenteuerlustig sein wie ein Pirat und die Welt der Indianer kennenlernen. Mutig durch eine geheimnisvolle Dschungellandschaft streifen oder sein Glück beim Goldgraben versuchen. Das alles und noch viel mehr ist im PLAYMOBIL-FunPark im mittelfränkischen Zirndorf Wirklichkeit geworden.

Viel Grün, unterschiedliche Materialien wie Holz, Stein, Sand, Erde und Wasser begegnen den Besuchern auf allen Wegen und Spielbereichen des rund 1.800 qm großen PLAYMOBIL-FunParks. Unter dem



Ein gelungenes Beispiel dafür, wie Freizeitanlagen überzeugend konzipiert und verwirklicht werden können, ist der playmobil FunPark in Zirndorf. Abenteuerlustig sein wie ein Pirat können die Kinder beispielsweise im Spielbereich „Piraten-schiff“ - gemäß dem Motto: „Die Welt mit allen Sinnen erfahren, erspüren und entdecken“.

Motto: „Die Welt mit allen Sinnen erfahren, erspüren und entdecken“ wird jeder Spielraum des Freizeitparks zu einem ganzheitlichen Erlebnis.

Allwetter-Erlebniscenter

Damit dieses außergewöhnliche Spielparadies auch ganzjährig und witterungsunabhängig genutzt werden kann, entsteht derzeit direkt auf dem Gelände ein großzügiges Allwetter-Erlebniscenter. Der rund 5.000 qm große futuristisch anmutende „Glaspalast“ bietet in einem einzigartigen, lichtdurchfluteten Ambiente

viel Platz für großzügige Spielelandschaften, Erlebnisgastronomie und Golfaktivitäten. Das nach sehr konkreten Ideen von PLAYMOBIL-Chef Horst Brandstätter realisierte Projekt umfasst fünf flexibel und vielseitig nutzbare Ebenen. Die Bauarbeiten sind in vollem

Gange. Eröffnet werden soll die wohl einmalige Attraktion im Sommer 2004. **DK**

Multiwarngeräte für Feuerwehren

Speziell wegen einer Zusammenarbeit im Katastrophenfall mit anderen Verwaltungsbehörden hat der Landkreis Schweinfurt durch Kreisbrandrat Georg Vollmuth vier neue Multiwarngeräte II SEP mit interner Pumpe und Datalogger im Gesamtwert von 14.500 Euro angeschafft. Ein Vorteil der baugleichen Beschaffung für die verschiedenen Verwaltungsbehörden ist u. a., dass die durch Wartung und Inspektionen erforderlichen Folgekosten gemindert werden. Die vier Multiwarngeräte wurden den Freiwilligen Feuerwehren Gerolzhofen, Werneck, Schonungen und Stadtlauringen durch Landrat Harald Leitherer übergeben. **SK**

Alzenau-Michelbach:

Feierliche Einweihung des neuen Feuerwehrgerätehauses

Als „wichtigen Mosaikstein in der Infrastruktur unserer Stadt“ bezeichnete Bürgermeister Walter Scharwies das neue Feuerwehrgerätehaus im Stadtteil Michelbach anlässlich der Feierlichkeiten zur offiziellen Übergabe des Gebäudes. Die Einweihung dieses modernen Stützpunktes werde sich auf die Situation des Brandschutzes und des Rettungswesens in Alzenau nachhaltig positiv auswirken, so der Rathauschef. Den zukünftigen Nutzern wünsche er, dass das neue Gebäude sie bei der Umsetzung ihres wichtigen kommunalen Auftrages nach dem Leitspruch „Retten, löschen, bergen, schützen“ stets unterstützen möge.

Die Anforderungen an die Wehren hätten sich vor allem aufgrund der baulichen Entwicklung und der daraus resultierenden technischen Ausstattung entscheidend gewandelt, führte Scharwies aus. Grund dafür sei das Bevölkerungswachstum in Alzenau in den letzten 25 Jahren von rund 14.500 auf aktuell 19.200 Einwohner sowie der starke Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze von 5.000 auf etwa 9.000.

Zeitgemäße Bedingungen

Vor diesem Hintergrund habe der Stadtrat den Beschluss zum Neubau des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Michelbach gefasst und damit für zeitgemäße und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen gesorgt.

Unter diesem Aspekt sei auch die Einrichtung des neuen zentralen Schulungsraumes zu sehen, mit dem die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen aktiven Feuerwehrmitglieder un-

terstützt werde.

Bürgermeister Walter Scharwies nutzte die Gelegenheit, allen Aktiven der Wehren in Alzenau und den Stadtteilen für ihr vorbildliches ehrenamtliches Engagement und ihre hohe Einsatzbereitschaft zu danken, besonders auch mit Blick auf die stadtteilübergreifende, gute Zusammenarbeit: „Durch ihre wirkungsvolle Arbeit leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit der Bürgerschaft“, so Scharwies. Die Jugend forderte er auf, das Angebot der Feuerwehr als sinnvolle Freizeitgestaltung zu nutzen.

Die Weichen gestellt

Im Namen der Freiwilligen Feuerwehr Michelbach dankte Kommandant Helmut Huth dem Stadtrat für seine „zukunftsorientierte Entscheidung, in Michelbach ein funktionsgerechtes Gerätehaus zu errichten“. Das neue Domizil kostete insgesamt 1.450.000 Euro. Der Anteil der

Stadt Alzenau beträgt 1.330.000 Euro, 130.000 Euro werden als Zuschuss vom Freistaat Bayern erwartet.

Architekt Claus Bergmann stellte schließlich das neue Gebäude detailliert vor. Das Bauvo-

lumen umfasst 2.978 m³. Insgesamt bieten die Räumlichkeiten eine Nutzfläche von 621,93 m² (Grundstücksfläche: 3.793 m²).

Herzstück des neuen Feuerwehrgerätehauses ist die große und nach modernen Standards ausgestattete Fahrzeughalle. Hier gibt es unter anderem auch eine Absauganlage für die Fahrzeug-

Rettungsdienst:

Rosenheimer Pilotprojekt spielt Vorreiterrolle

Ärztliche Leiter bei Landrat Dr. Max Gimple

Für eine Stärkung der „Ärztlichen Leiter Rettungsdienst“ (ÄLRD), einem Pilotprojekt, in dem der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) Rosenheim eine Vorreiterrolle spielt, will sich Landrat Dr. Max Gimple einsetzen. Ziel dieser Einrichtung ist die nachhaltige Verbesserung des Rettungsdienstes.

Dass die vierköpfige ÄLRD-Gruppe Rosenheim auf diesem Weg schon einen deutlichen Schritt vorangekommen ist, davon konnte sich der Landrat als Vorsitzender des Rettungszweckverbandes bei der Vorlage des Jahresberichts für 2003 durch Gruppensprecher Dr. Stefan Stöckel und Dr. Michael Bayeff-Filloff ein Bild machen.

Überregionale Plattform

Die beiden Ärztlichen Leiter Rettungsdienst erläuterten dem Landrat bei dieser Gelegenheit auch die neue überregionale Plattform, die den Mitarbeitern im Rettungsdienst künftig im Internet zur Verfügung steht. Der Datenabgleich zwischen allen Beteiligten wird, so die beiden Ärzte, letztlich zu einer weiteren Beschleunigung des Rettungsdienstes führen, sind doch mittlerweile von der Basis bis hin zu den Ministerien sämtliche Ebenen miteinander vernetzt. Verbessert wird dadurch aber auch die Dokumentation und damit die Bewertung der Rettungseinsätze. Für die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst ergeben sich daraus wiederum wichtige Antworten auf die Frage, was sinnvoll ist und was nicht.

Baby-Notarztwagen

Im Verlauf des Informationsgesprächs mit dem Landrat zeigten sich die beiden Ärzte auch zuversichtlich, dass der weitere Betrieb des sogenannten Baby-Notarztwagens gesichert werden kann. Im gegenseitigen Einvernehmen sollte es Stöckel und Bayeff-Filloff zufolge doch möglich sein, eine dauerhafte Lösung zu finden.

Auf die Einsicht der Beteiligten hoffen die Ärztlichen Leiter

abgase. Angeschlossen an die Fahrzeughalle sind die Leitzentrale, Umkleiden, eine Werkstatt, Lagerräume, u.a. für die Atemschutz- und die Hochwasserausrüstungen sowie das Schlauchlager. Hinzu kommen Büro-, Jugend- und Sanitäräume. Im Obergeschoss befinden sich der große Schulungsraum mit angeschlossener Küche sowie weitere Sanitär- und Lagerräume.

Modernste Haustechnik

Das Gebäude verfügt über modernste Haustechnik. Außerdem wurde eine Photovoltaikanlage mit 24 Modulen à 300 Watt integriert, die sich nach rund 20 Jahren durch die Einspeisevergütung amortisiert haben wird. Architekt Bergmann übergab den symbolisch als Backware hergestellten Schlüssel an Bürgermeister Scharwies, der die „Schlüsselgewalt“ umgehend an Kommandant Huth weitergab.

Die Glückwünsche des Landrats überbrachte der stellvertretende Landrat und Landtagsabgeordnete Peter Winter. Für die Kreisbrandinspektion gratulierte Kreisbrandrat Karl-Heinz Ostheimer. Das Schlusswort blieb dem Vereinsvorsitzenden der Michelbacher Wehr Matthias Wilz vorbehalten, der die zahlreichen Gäste der Veranstaltung zur Besichtigung und zum gemütlichen Beisammensein einlud.



Bei der symbolischen Schlüsselübergabe: Architekt Claus Bergmann, Bürgermeister Walter Scharwies und Kommandant Helmut Huth (v.l.). Foto: Stadt Alzenau

Oberpfälzische Feuerwehr-Frühjahrstagung:

Förderverfahren und Hochwasserschutz

Aktuelle Themen rund um die Feuerwehr wurden auf einer Frühjahrstagung oberpfälzischer Führungskräfte in Neukirchen b. Hl. Blut, Landkreis Cham, diskutiert. Dr. Hans-Jürgen Seibold von der Regierung der Oberpfalz legte sein Augenmerk dabei auf das Thema „Vorbeugender Hochwasserschutz“.

Die Regierung der Oberpfalz hat laut Seibold Anfang 2003 eine Projektgruppe „Vorbeugender Hochwasserschutz am Regen“ eingerichtet, in der Bürgermeister und Vertreter der Landratsämter aus den Landkreisen Regen, Cham, Schwandorf und Regensburg, sowie der Wasserwirtschaftsämter Degendorf, Amberg und Regensburg zusammenarbeiten. Die Ergebnisse der Projektgruppe werden auch auf das Einzugsgebiet der Naab übertragen.

Projektgruppe

Die Projektgruppe befasst sich mit folgenden Aufgabenschwerpunkten: Verringerung der Schadenspotenziale in Überschwemmungsgebieten, Verbesserung des Hochwassernachrichtendienstes, Verminderung des Hochwasserrisikopotenzials auf Gemeindeebene sowie Öffentlichkeitsarbeit. Seibold erklärte, dass Hochwasser Naturereignisse darstellten, die vom Menschen in ihrem Ausmaß nicht wesentlich beeinflusst werden können. Der Mensch könne jedoch durch sein Verhalten die davon ausgehenden Schadenspotenziale in erheblichem Umfang verringern.

Bestandsgarantie

Mit aktuellen Fragestellungen rund um die Feuerwehren befasste sich Wilfried Schober vom Bayerischen Gemeindetag. In den vergangenen Monaten, so Schober, häuften sich in der Geschäftsstelle Anfragen von der kommunalen Finanzkrise besonders betroffener Bürgermeister, die Ortsfeuerwehren zusammenlegen wollen. Die Bestandsgarantie werde zunehmend als nicht mehr akzeptabler Eingriff in die Organisationshoheit als Teil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts empfunden.

Mehrfach sei der Wunsch geäußert worden, der Gemeindetag möge sich für die Aufhebung der Bestandsgarantie einsetzen. Laut Schober sollte es in der Entscheidungsfreiheit der jeweiligen Kommune liegen, wie sie ihre Ortsfeuerwehren organisiert.

Der Bayerische Gemeindetag habe dem Landesfeuerwehrverband Bayern angeboten, sich auf eine gemeinsame Sichtweise zu verständigen, um die kommunalpolitische Brisanz abzumildern. Im Zuge der angekündigten Novellierung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes könnte eine zwischen Gemeindetag und Feuerwehrverband einvernehmlich gefundene Formulierung in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

Im Hinblick auf die Frage, ob das bisherige Fördersystem von Teil- auf Vollpauschalierung umgestellt werden sollte, vertrat Schober die Ansicht, dass das bisherige Förderverfahren nicht grundlegend geändert werden sollte. Eine Vereinfachung des Förderverfahrens, beispielsweise durch Ersatz des bisherigen Verwendungsnachweises durch eine bloße Bestätigung der Anschaffung des Fahrzeugs, sollte hingegen weiterverfolgt werden. Für die Bezirksregierungen müsste es genügen, dass der Kreisbrandrat neben der Abnahme des Fahrzeugs die Vorlage der Gutachten des TÜV und des technischen Prüfdienstes bestätigt. Weitere Verfahrensvereinfachungen seien denkbar.

Am bewährten System festhalten

Staatsminister Beckstein habe bereits zu erkennen gegeben, dass er am bewährten Teilpauschalierungssystem festhalten werde und Vereinfachungen im Förderverfahren aufgeschlossen gegenüber stehe. „Damit dürfte dieser Thematik die Brisanz genommen sein“, erklärte Schober.

Laut Frank Palmer von der Regierung der Oberpfalz werden 2004 aus der Feuerschutzsteuer Mittel in etwa gleicher Höhe wie 2003 für Fahrzeuge und Gerätehäuser zur Verfügung stehen, d.h. landesweit ca. 33 Mio. Euro. Die Pauschalzuweisung ist abgewendet. Stattdessen werden bei der Einzelfallförderung die förderfähigen Kosten weitgehend durch Richtwerte (Pauschalen) bestimmt wie bisher. Zudem soll der Fördersatz gesenkt werden. DK



V.l.: Jürgen Unkauf, Valentin Leiber, Robert Braun.

Händlertagung bei Leiber OHG

Die Leiber OHG, Bereich Fahrzeugbau, Emmingen, hatte ihre Gebietshändler zu einer Tagung nach Emmingen eingeladen. Im Rahmen dieser Händlertagung wurde der langjährige Verkaufsleiter dieses Bereiches, Robert Braun, in den Ruhestand verabschiedet.

Valentin Leiber ließ die vergangenen 20 Jahre nochmals Revue passieren: Bis zum Eintritt von Robert Braun im Jahr 1984 wurden die Fahrzeuge direkt vertrieben. Abnehmer waren schwerpunktmäßig der Tiefbau und die Betonsteinindustrie. Frühzeitig wurde jedoch erkannt, dass diese Industriezweige auf lange Sicht für Leiber keine Zukunft bieten würden.

Neue Absatzmöglichkeiten wurden von Braun bei den Kommunen und in der Friedhofspflege gefunden. Die Kleintransporter von Leiber mussten verändert und weiterentwickelt werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Um den Vertrieb sicherzustellen, baute Braun ein durchgängiges Händ-

lernetz in Deutschland und im deutschsprachigen Ausland auf.

Er übergab nun die Vertriebsleitung an Herrn Jürgen Unkauf, der den Leiber-Gebietshändlern gleich zwei neue Fahrzeuge vorstellen konnte: den knickgelenteten Kleintransporter Mimoki 2 und den Käfer 2, das Einsteigermodell für Friedhofsgärtnereien.

Durch ständige Weiterentwicklung seiner Fahrzeuge ist Leiber OHG, Emmingen, heute einer der Marktführer im Bereich Friedhofstechnik. Außerdem werden eine Reihe von Sonderfahrzeugen für verschiedene Anwendungen, wie z.B. Kompaktlader und lasergesteuerte Estrichverlegetmaschinen mit einer Leistung von 2500 qm/Tag hergestellt.

Faszination Unimog:

Rotierende Schneeräumung am Großglockner

Mercedes-Benz informierte „live und in Farbe“

Was die vielseitigen Mercedes-Benz Unimog im Winter zu leisten imstande sind, konnten Pressevertreter am Fuße des Großglockners bestaunen. Detailliert informierten Martin Daum, seit Ende 2003 u.a. Leiter des Produktbereichs Unimog/Sonderfahrzeuge im Geschäftsbereich Mercedes-Benz Lkw der DaimlerChrysler AG, und Joachim Maier, Leiter Vertrieb Unimog und Econic, über die „Rotierende Schneeräumung mit dem Unimog“. Dabei handelt es sich um ein Fahrzeugkonzept, geschaffen für schwierigste Situationen, zugeschnitten auf den Bedarf des Kunden, mit eingebauter extremer Langlebigkeit.

Bevor man sich „live und in Farbe“ mit dem Unimog-Virus identifizieren konnte, berichtete Martin Daum zunächst von der strategischen Stoßrichtung bei Mercedes-Benz. Im Hinblick auf die künftige Marktbearbeitung beim im Ganzjahreseinsatz stehenden Unimog als Geräteträger werde sich das Unternehmen zusehends auf Kernsegmente fokussieren.

Die spezifische Kernkompetenz sehe man bei den Kommunen, bei den Profi-Dienstleistern, in der Energiewirtschaft, bei der Waldbrand-Bekämpfung sowie im Zwei-Wege-Sektor. Vordringlichste Aufgabe werde es sein, die beiden Unimog-Produktlinien U 300 - U 500 (geländegängige Geräteträger) sowie U 3000 - U 5000 (hochmobile Arbeits- und Transportfahrzeuge) mit ihren einzigartigen Produktmerkmalen optimal in den Märkten zu platzieren, betonte Daum.

Maßgeschneiderte Trägerfahrzeuge

Joachim Maier verwies darauf, dass mit der Produktlinie U 300 - U 500 Mercedes-Benz seit dem Jahr 2000 bzw. 2001 drei Unimog-Typen mit je zwei Radständen und bis zu 280 PS Antriebsleistung baue. Alle Typen dieser Baureihe seien maßgeschneiderte Trägerfahrzeuge für die Hochleistungsgeräte der

kreis des Fahrzeugs um zusätzliche 30 Prozent verringert und damit ein zeitaufwändiges Manövrieren reduziert. Eine große Rolle spiele auch eine komfortable Kabine mit freier Sicht auf das Gerät. Nicht zuletzt schlage

auch die hohe Vorderachslast sowie der für hohe Nutzlasten ausgelegte Fahrzeugrahmen positiv zu Buche. Einmalig ist die Vario-Pilot-Wechselsteuerung, denn das Fahren und Bedienen des Unimog mit einer vorgebauten Schneefräse vom rechten Platz aus kann unter schwierigen Umständen von großem Vorteil sein.

Die Firmen Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik GmbH, Toni Kahlbacher GmbH Co. KG sowie Beilhack Systemtechnik und Vertriebs GmbH sind die führenden Hersteller von Räummaschinen in

effektiven und rationellen Einsatz rotierender Schneeräumgeräte, wenn die Bedingungen extreme Verhältnisse wie Verwehungen oder komplett zugeschüttete Straßen nicht einschließen. Alles andere bewältigt die Seitenfräse souverän, die Beseitigung von Randwällen ist ihr Spezialgebiet. Dies liegt an der Bauart der Seitenfräse, die durch eine Frästrommel etwa in halber Fahrzeugbreite und einen Zuführpflug charakterisiert wird. Die Trommel hat dadurch die passende Größe, um Randwälle anzugehen, während der Zuführpflug den Straßenbereich unmittelbar neben den Randwällen sauber hält.

Exzellenter Wirkungsgrad

Die Schneefräse VF-Z von Schmidt-Winterdienst, die ebenfalls an einem Unimog 400 montiert ist, zeigt die Wirkungsweise und den hervorragenden Wirkungsgrad einer Fräse, deren Trommel, wie bei der Seitenfräse, einen Durchmesser von 1000 mm hat und über die gesamte Fahrzeugbreite reicht. Im Gegensatz zur Seitenfräse wird über die ganze Breite hinweg gefräst, was die Fräse gut geeignet macht für die Beseitigung von Verwehungen. Aber auch für die Öffnung zugeschütteter Straßen ist sie bedingungslos einsetzbar.

Maximale Wurfweite

Die Schmidt-Fräse VF-Z hat eine geschlossene Trommel, die aus Gründen der Konstruktion in sich noch einmal geteilt ist und über eine rechte und eine linke Antriebsachse verfügt. Ein Kegel-Stirnradgetriebe gibt die

dem Unimog-Trägerfahrzeug U 500 eine ganz auf Hochleistung ausgelegte Kombination. Schwierigste Anforderungen in puncto Leistung, Schneehöhe und Schneebeschaffenheit sind die Domäne dieser Frässhleuder. Mit ihr kann eine Raumhöhe von bis zu 1070 mm erreicht werden.

Effiziente Lösung

Die Doppel-Schneeschleuder HS 240 Z der Beilhack Systemtechnik und Vertriebs GmbH aus Raubling bei Rosenheim ist ebenso für extreme Einsatzbedingungen konzipiert. Zur Freiräumung des Großglockner-Passes wurde sie an einen U 400 angebaut. Die effiziente Beseitigung von Schneeverwehungen ist das Element dieses Gerätes. Darüber hinaus ist es besonders geeignet für die Räumung von Pulverschnee und Nassschnee und stellt zudem eine geeignete Lösung für die Beseitigung von Randwällen dar.

Von noch größerem Ausmaß ist die Doppel-Schneeschleuder HS 272 Z von Beilhack, die ebenfalls bei der Räumung des Großglockner-Passes an einem Unimog U 500 zum Einsatz kommt. Die Seitenschleuder HS 20, montiert auf einem Unimog U 400, bringt wiederum alle Voraussetzungen für ein schnelles und effektives Beseitigen von Randwällen mit.

Kernstück Frästrommel

Kernstück der Schneefräse BFO 251 von Beilhack, angebaut an einen U 400, ist die auf einen guten Wirkungsgrad hin ausgestaltete, einteilige Frästrommel mit einem Durchmesser von 800 mm. Bevorzugte Einsatzbereiche sind das Räumen von Nass- und Eisschnee, das Beseitigen von Verwehungen sowie die Öffnung zugeschnittener Straßen.

Die Seitenwallfräse 1000/1400 der Toni Kahlbacher GmbH & Co. KG in Kitzbühel, Österreich, wurde an einem U 400 dargestellt. Sie ist auf das schnelle Beseitigen von Seitenwällen ausgerichtet. Dies zeigt sich an der offenen Bauweise der Trommel, denn auf Grund dieser Bauweise ist sie in der Lage, jede Art von Schnee aufzunehmen, sogar mit Fremdkörpern behaftetes Räummaterial.

Die Bauweise der offenen Frästrommel bevorzugt Kahlbacher auch bei seinen Frässhleudern. Die Frässhleuder KFS 750 ist ausdrücklich auch für den U 300 als kleinstem Trägerfahrzeug innerhalb der Unimog-Geräteträger-Baureihe U 300 - U 500 vorgesehen. Die offene Frästrommel erlaubt auch die Räumung von hartem und mit Fremdkörpern durchsetztem Schnee. Wurfrad und Frässhnecken sind dabei in ihrer Wirkungsweise exakt aufeinander abgestimmt.

Asymmetrisches Wurfrad

Die größere Variante aus der Kahlbacher-Baureihe - die Frässhleuder KFS 950 - weist in den meisten Punkten eine ähnliche Technik auf wie die KFS 750. Allerdings ist sie deutlich größer dimensioniert und wurde deshalb auch am U 500 vorgeführt. Eine Besonderheit der großen Frässhleuder von Kahlbacher stellt das asymmetrisch nach rechts gesetzte Wurfrad dar. Dies bringt eine höhere Effektivität bei der Schneeaufnahme am rechten Fahrbahnrand und ermöglicht dem Fahrer eine bessere Sicht auf das arbeitende Gerät. Weitere Vorteile sind - dank des geringen Geräteüberhangs - ein günstiges Gewichtsverhältnis der gesamten Arbeitskombination sowie eine außerordentlich hohe Wendigkeit, wenn es einmal besonders eng zugeht. **DK**



Die Seitenfräse SF-Z der Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH in St. Blasien, angebaut an einen U 400, ist ein Beispiel für den effektiven und rationellen Einsatz rotierender Schneeräumgeräte, wenn die Bedingungen extreme Verhältnisse wie Verwehungen oder komplett zugeschüttete Straßen nicht einschließen. Alles andere bewältigt die Seitenfräse souverän, die Beseitigung von Randwällen ist ihr Spezialgebiet. **Fotos: Bertele**



Ein imposantes Bild: Unimogs mit rotierenden Schneeräum-Geräten am Fuße des Großglockner.

rotierenden Schneeräumung.

Kurze Radstände und hohe Antriebsleistungen stellten die Schlüsselkriterien für den Einsatz als Schneeräum-Maschine dar, erklärte Maier, „sind doch in diesem hochspezialisierten Einsatzgebiet absolute Wendigkeit und kompakte Abmessungen gefragt“. Eine hohe Manövrierfähigkeit werde beim Schneeräumen in Bergregionen vor allem in zwei Situationen gefordert: erstens für die Räumung von Spitzkehren und zweitens für das Herausfahren im Rückwärtsgang aus der soeben gefrästen Gasse.

Extreme Wendigkeit

Um die hierfür erforderliche extreme Wendigkeit zu gewährleisten, könne bei den Unimog-Geräteträgern auf Wunsch eine Hinterachs-Zusatzenkung eingebaut werden, die den Wende-

Europa und bieten alle Variationsmöglichkeiten der genannten Wirkprinzipien und Bauformen speziell zum Anbau an die Unimog-Geräteträger U 300 - U 500 an. Diese Geräte-Hersteller arbeiten streng nach den Mercedes-Benz-Aufbaurichtlinien. Wie man „live“ im Einsatz erleben konnte, sind die Räumgeräte der genannten Firmen gemeinsam mit dem Geräte-Team des Produktbereichs Unimog/Sonderfahrzeuge auf das Unimog-Konzept abgestimmt worden, um so den Anwendern optimale Systemlösungen zu bieten.

Die Exponate am Großglockner-Pass

So ist etwa die Seitenfräse SF-Z der Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH in St. Blasien, angebaut an einen U 400, ein Beispiel für den

von der Zapfwelle abgenommene Kraft an den Frästrommel-Antrieb weiter. Das Stirnradgetriebe hat dabei die Aufgabe, die Drehzahl der Zapfwelle in die Drehzahl für die Frästrommel umzuwandeln. Bis zu 150 kW können an der Zapfwelle abgenommen werden. Die maximale Wurfweite liegt bei 20 Metern. Der Auswurfkamin lässt sich um 360 Grad drehen.

Optimales Räumergebnis

Zu einem optimalen Räumergebnis trägt auch der über einen Hydraulikzylinder betätigte Querneigungs-Ausgleich bei. Beschädigungen vor allem beim Anfahren durch große Steine oder einen nicht beachteten Bordstein vermeidet die mechanische Abscheivorrichtung, eine Art Sollbruchstelle.

Die Schmidt-Frässhleuder FS 105 bildet zusammen mit

Erste Literaturwerkstatt am Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren

Kaufbeuren (pm). „Ich hatte schon Angst vor diesem Seminar“, gesteht Gino Chiellino freimütig vor seinen Zuhörern ein. Denn auch Dichter und Soziologen, der als Privatdozent an der Universität Augsburg das Sprechen vor „Fremden“ eigentlich gewöhnt ist, war diese Situation etwas ungewöhnlich: Er gab die erste Schreibwerkstatt in einer Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik.

Am Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren hatte man sich gerne auf diese Anregung eingelassen, die von Bezirksheimatpfleger Peter Fassl innerhalb der Reihe „Bayern liest“ kam. „Wir wollten deutlich machen, dass Literatur auch an Orten beheimatet ist, an die man zunächst nicht sofort denkt“, so Fassl.

Ureigenste Ausdrucksform

Doch auch wenn im Blickpunkt der Öffentlichkeit meist die Kunsttherapie oder auch die Musiktherapie stehen, ist Schreiben etwas, das viele psychisch kranke Menschen als ureigenste Ausdrucksform wählen, um von ihrer Befindlichkeit zu berichten, aber auch, um sich von eigenen Ängsten und Sorgen zu befreien. „Oftmals geht es mir hinterher viel besser, wenn ich das, was in meinem Kopf herumspuckt, auf Papier gebracht habe“, sagt Michael M., einer von rund zehn Teilnehmern an der Schreibwerkstatt.

Schreiben als Therapie

Eine Erfahrung, die Michael von Cranach, Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses, in zahlreichen Begegnungen mit psychisch kranken Menschen gemacht hat: „Schreiben hat einen hohen therapeutischen Wert - es entlastet, oftmals entstehen auch neue Lebenswürfe“. Er ist froh, dass für die Werkstatt ein Literat gewonnen

werden konnte, „der aufgrund seiner Herkunft vielleicht manche Erfahrungen mit unseren Patienten teilt - das Gefühl der Fremdheit und die Erfahrung der Ausgrenzung“.

Chiellino lebt seit dem Jahr 1970 in Deutschland und schreibt selbst seit 1976 in deutscher Sprache. Gemeinsam mit Franco Biondi wurde er 1987 mit dem Adelbert-von-Chamisso-Preis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste ausgezeichnet. Das Thema der Fremde beschäftigt ihn in der Vergangenheit immer wieder - ein Thema, mit dem er schnell auch Zugang zu den Teilnehmern der Literaturwerkstatt in Kaufbeuren findet.

Zum Nachdenken bewegen

Fast alle der Zuhörer - Patienten aus dem stationären Bereich, aus der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie, aber auch ehemalige Patienten - haben bereits eigene Werke geschrieben, einige sogar veröffentlicht. „Mein Wunsch ist es, dass ich verstanden werde“, sagt Herbert, „dass meine Krankheit die Menschen zum Nachdenken bringt“. Und auch Michael Härtel, der bereits den Gedichtband „In Worte gefasstes, gedankliches Feuer“ veröffentlicht hat, will mit seinen Worten die Leser ansprechen. „Zuerst dienen die Gedichte eher dazu, dass ich mir selbst über bestimmte Dinge

klar werde“, sagt der 36-jährige, „so entstand erst einmal eine Art Tagebuch - später war der Spaß am Schreiben so groß, dass ich mir auch zugetraut habe, dafür ein Publikum zu finden“.

In der Literaturwerkstatt ver-

mittelt Chiellino das Zusammenspiel von Kreativität und Handwerk, wie mit der Sprache gespielt und Worte doch in Zaum gehalten werden können. Nach intensiven drei Tagen haben beide Seiten gelernt - die Teilnehmer noch einiges über das Handwerk des Schreibens, der Schriftsteller viel über das Innenleben in der Psychiatrie. Fremd ist man einander nun nicht mehr.



Freude bei den Kindern über ihre bunte Lernstation.

„Young Explorer“ für „Kinderkiste“ Albstadt

Alzenau-Albstadt. Bereits im vierten Jahr läuft in der Stadt. Kindertagesstätte „Kinderkiste“ das Vorschulprojekt „Kinder an die Maus“ in Zusammenarbeit mit der Erziehungsberatungsstelle des Landkreises Aschaffenburg. Hintergrund ist der Ansatz, Kinder bereits im Vorschulalter spielerisch an den Umgang mit dem PC heranzuführen.

Jeden Mittwoch tragen sich die Vorschulkinder der Albstädter Kindertagesstätte selbstständig am Computerplakat in drei Gruppen ein. Sie entscheiden selbst, welche Spiele sie spielen möchten. In kleinen Gruppen nutzen dann jeweils rund 3 Kinder einen PC. Jedes Kind darf dabei einmal die Maus führen, die anderen Kinder geben Hinweise und schlagen vor, welches Element angeklickt oder wohin die Maus bewegt werden soll. Dabei steht den Kindern immer eine Erzieherin unterstützend zur Seite.

Im letzten Jahr wurde die „Kinderkiste“, gewissermaßen in Anerkennung ihres Engagements in diesem Bereich, in das KidSmart-Programm des Computerherstellers IBM aufgenom-

men. Im Zuge dessen konnten sich die Kinder jetzt über einen „Young Explorer“ freuen. Diese bunte, robuste und „kindergeprüfte“ Lernstation ist mit aktueller IBM-Technik ausgerüstet, hat einen internetfähigen Multimedia-PC, Flachbildschirm und kindgerechte, prämierte Lernsoftware. Somit können das Projekt und die Medienkompetenz der Vorschulkinder in der „Kinderkiste“ noch weiter ausgebaut werden.

Übrigens: Ausbauen wird die „Kinderkiste“ auch ihre Öffnungszeiten: Ab September 2004 ist die Städtische KiTa montags bis freitags von 7.30 Uhr bis 17.30 Uhr geöffnet, um das Betreuungsangebot für die Familien noch attraktiver zu gestalten.

Eine Meile lang Kultur pur in Memmingen

Memmingen (jm). Internationales Straßentheater per excellence steht im Mittelpunkt des elftägigen Kulturfestivals „Memminger Meile“, das vom 1. bis 11. Juli eine bunte Mischung aus unterschiedlichen Kunstformen in die ehemals freie Reichstadt bringt und gleichzeitig den Geldbeutel der Besucher schonen soll.

Laut Memminger Kulturamt ist bei 70 Prozent der insgesamt 25 Veranstaltungen der Eintritt frei. Integriert in die „Memminger Meile 2004“ ist ein internationales Künstlersymposium mit neun Malern, Bildhauern und sonstigen Künstlern im Antonierhaus. Die abschließende Werkschau findet am Samstag, 10. Juli, statt. Ansonsten kommen in diesem Jahr bei der Meile, die zu den ältesten regionalen Kulturfestivals in Deutschland überhaupt zählt, vor allem die Straßenkünstler groß heraus.

Hoch hinaus will am 2. und 3. Juli beispielsweise der Schweizer Straßenkünstler Heinz Baut, der mit Hilfe von insgesamt 50 drei Meter langen Eschenholz-Stangen einen 13 Meter hohen Turm errichtet, darauf herumklettert und das Ganze so geschickt wieder abbaut, dass er innerhalb der insgesamt vierstündigen Aktionszeit kein einziges Mal den Boden berührt. Dass das ganze Leben in nur drei Instrumenten steckt, möchte am Eröffnungswochenende das „Trio Grande“, die größte Gaukler-Kapelle der Welt, beweisen.

Spektakulär verspricht nicht nur der Straßentheater-Hit „The Cannon Club“ der British Events Theatre Company zu werden (3. Juli), sondern auch der Einzug der Koch-Nomaden vom englischen Ensemble „The Primitives“ (9. und 10. Juli). Eine eindrucksvolle Symphonie aus Licht und Klang zaubert das Theater Anu mit seinem Sonnenwagen auf den Memminger Hallhof (9. Juli). Das Musikprogramm der „Memminger Meile“ ist breit gefächert. Der Niederländer Martien Groeneveld präsentiert seine visuelle Klangkunst mit Hilfe eines Riesensymphons. Mit dem Pat Metheny Trio und der Memminger Band Son Picante sind auch Jazz- und Salsa-Klänge während der Meile vertreten.

Landkreis Günzburg:

Qualitätsbewusstsein setzt sich letztlich durch

Die privaten Anbieter von Gästezimmern und Ferienwohnungen im Landkreis Günzburg setzen immer mehr auf Qualität. Dies war das positive Ergebnis der kürzlich durchgeführten Klassifizierung durch Mitarbeiterinnen der Regionalmarketing Günzburg GbR und des Landwirtschaftsamtes Krummbach. Damit haben sich innerhalb von zwei Jahren rund 80 Betriebe der Klassifizierung unterzogen.

Seit Beginn der Klassifizierung von privaten Beherbergungsbetrieben im Landkreis Günzburg im Oktober 2002 nehmen immer mehr Anbieter an der unabhängigen Bewertung durch die Prüfungskommission teil. Im Mai wurden 23 Vermieter geprüft. Mittlerweile sind knapp 70 Prozent aller Anbieter von Ferienwohnungen und Gästezimmern bis 8 Betten im Landkreis Günzburg klassifiziert und wurden dafür mit 2, 3 oder sogar 4 Sternen ausgezeichnet. Demnächst erhalten die Teilnehmer der letzten Klassifizierung offiziell die Urkunde und die Auszeichnungsplakette.

Tourismus im Aufwind

Diese Entwicklung zeigt, so Anja Dürrschmidt von der Regionalmarketing, dass der Tourismus in der Region weiterhin im Aufwind ist. Erfreulich ist, dass immer mehr Vermieter zunehmend Wert auf Qualität in der Ausstattung ihrer Räume legen und damit den steigenden Ansprüchen der Touristen gerecht werden. Ein besonderes Augenmerk legen viele Privatvermieter auf Serviceleistungen, die den Aufenthalt in der Region für die Gäste angenehmer machen und den Urlaubern das Gefühl eines „zweiten Zuhauses“ vermitteln. Dazu gehört

zum Beispiel ein Abhol- und Bringservice zum Bahnhof oder ein Grillabend mit den Gästen. Dürrschmidt betont, dass im Landkreis Günzburg auch noch das Preis-Leistungsverhältnis stimmt: „Der Gast bekommt in unserer Region eine hohen Standard für sein Geld.“

Die Klassifizierung erfolgt deutschlandweit einheitlich nach den Richtlinien des Deutschen Tourismusverbandes. Die Teilnahme daran ist freiwillig. Dadurch werden, so Anja Dürrschmidt, immer mehr qualifizierte Übernachtungsmöglichkeiten in der Region geschaffen. Für die Touristen werden durch die Klassifizierung die Angebote vergleichbarer und transparenter.

hj

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherjable (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Oeh

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen. Namentlich

gekennzeichnete Artikel geben

nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 733 698 78

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Gogolins Vizebürgermeister Krzysztof Dlugosz, Landrat Luitpold Braun, Universitätsrektor Prof. Józef Musielok und Gogolins Wirtschaftsreferent Joachim Czernek in der Universität Oppeln.

Landrat Braun auf Besuch in Gogolin und Oppeln

Braun spricht über europäische Regionalpolitik

(Gogolin/Weilheim-Schongau) - Auf Einladung von Schongaus Partnerstadt Gogolin reiste Landrat Luitpold Braun kürzlich nach Polen. Im Rahmen seines umfangreichen Besuchsprogramms, während dem er u.a. mit Oppelns Erzbischof Prof. Alfons Nossol, dem Rektor der Oppelner Universität, Vertretern der Stadt Gogolin und der dortigen deutschen Minderheit zusammengetroffen war, sprach er auch in der Universität Oppeln über die Regionalpolitik der EU.

Wesentliches Thema der Gespräche war der Beitritt Polens zur Europäischen Union und die damit verbundenen Auswirkungen, insbesondere auf die kommunale und regionale Ebene.

Beschrieben wurde dies von Landrat Braun in Abwandlung des Sprichworts „Wo Licht ist, ist auch Schatten“ mit den Worten: „Wo viel Schatten ist, muß auch viel Licht sein“ und machte damit deutlich, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht nur Positives mit sich bringt, die Nachteile aber eindeutig von den

Vorteilen überwogen werden.

Vortrag in der Uni Oppeln

Der EU-Beitritt und die europäische Struktur- und Regionalpolitik waren auch Thema eines Vortrags, den Landrat Braun in der Oppelner Universität hielt. Vor rund 80 Studentinnen und Studenten ging er dabei unter anderem auf die Geschichte der Europäischen Union und die Entwicklung der Struktur-, Kohäsions- und Regionalpolitik ein.

Mit weniger mehr erreichen:

Bezirkstagspräsident Reichert setzt auf neue Konzepte

... und rechtfertigt die Kürzungen in der Sozialhilfe

Augsburg. Schon jetzt sind in diesem Jahr wieder 4,4 Mio. Euro zusätzliche Fehlbeträge in der Sozialhilfe zusammengekommen. Dies bestärkt Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert noch mehr, die vom schwäbischen Bezirkstag angesagte Popularklage in Sachen bayerischer Finanzausgleich beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof bald einzureichen. Auf einer Pressekonferenz erläuterte Reichert die Absichten des Bezirks.

Demnach sucht dieser als Hauptbeschwerdeführer in Übereinstimmung mit den schwäbischen Spitzen der Landkreise, Städte und Gemeinden noch den geeigneten Verfassungsrechtler zur Formulierung der Klage. Erste Gespräche seien schon geführt worden. Der Bezirkstagspräsident begrüßt den erreichten Schulterchluss innerhalb der kommunalen Familie, den es in dieser Form noch nie gegeben habe. Die Popularklage richtet sich - wie gemeldet - gegen die Art der Durchführung des Finanzausgleichs durch den Freistaat Bayern. Wie dieser Ausgleich derzeit gehandhabt wird, trage wenig dazu bei, die anhaltende schwierige Finanzsituation des Bezirks zu verbessern.

Pauschale Kürzung

Die praktische Unfinanzierbarkeit der Standards in der Sozialhilfe - und hier besonders bei der Eingliederungshilfe und bei den Entgelten in den Pflegeheimen - hat dazu geführt, dass der Bezirk ungern zum umstrittenen Mittel einer pauschalen Kürzung von 5 Prozent in diesem Bereich gegriffen hat. Bezirkstagspräsident Reichert verteidigte diese Maßnahme und hofft, mit den betroffenen Einrichtungsträgern und den Sozialverbänden zu einvernehmlichen Lösungen vorzudringen. Reichert möchte „mit weniger mehr leisten“. Er möch-

te auch in festgefahrene Positionen Bewegung bringen, übersieht dabei aber nicht, dass ohne die Partner auf der vermeintlich gegnerischen Seite auf Dauer nicht viel zu erreichen ist.

Diskussion der Sozialpartner

Der Sozialstaat sei nur in der Gesamtverantwortung von Politik und Verbänden zu erhalten. Deutlich machte der Bezirkstagspräsident, dass er die Wohlfahrtsverbände in dieser Situation nicht aus ihrer Verantwortung entlassen könne. Er setze jetzt auf die Diskussion der Sozialpartner. Bei einem soeben stattgefundenen Treffen habe er den Eindruck gewonnen, dass die Verbände neuen flexiblen Konzepten zum Teil positiv gegen-

überständen. Klagen würden bestimmt auf den Bezirk zukommen. Dem müsse man entgegensehen. Doch längerfristig möchte Reichert über das Juristische hinauskommen.

Mit den Spitzen der schwäbischen Wohlfahrtsverbände werde derzeit - um nur ein Beispiel zu nennen - ein erweiterter Gemeindepsychiatrischer Verbund diskutiert, bei dem am Runden Tisch schwierige und exemplarische Fälle gemeinsamen Lösungen zugeführt werden. Ein solcher Verbund solle in Schwaben flächendeckend weiterentwickelt werden.

Der schwäbische Bezirkstagspräsident unterrichtete über den Auftrag des Bezirks Schwaben an den Kommunalen Prüfungsverband festzustellen, ob die Sozialhilfe in Schwaben tatsächlich teurer als im bayerischen Durchschnitt ist und welche Gründe dies habe. Bis 30. Juni erwartet man hier eine Auskunft, um an dieser wesentlichen Stelle die Diskussion zu objektivieren. **pk**

Auf KulTour-Pfad das Frankenland erfahren

In Nordbayern startet der KulTour-Pfad Franken. Rund 50 Orte in Franken von Abenberg bis Zeil am Main haben ihre historischen, kulturellen und naturräumlichen Sehenswürdigkeiten vernetzt und bieten künftig einen neuen Weg an, Franken zu erfahren.

Bei dem gemeinsamen Projekt des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und des Hauses der Bayerischen Ge-

schichte wird erstmals die gesamte fränkische Region über Verwaltungsgrenzen hinweg als Ganzes mit einem konkreten Projekt vermarktet. Das Bayerische Wirtschaftsministerium finanziert die Aktion mit 130.000 Euro.

Innovative Verbindung

Wirtschaftsminister Otto Wiesheu sieht den KulTour-Pfad nicht nur als ideale Ergänzung zur Landesausstellung in Forchheim. Aus seiner Sicht ist er eine „innovative Verbindung von Kultur und regionaler Entwicklung“, die dauerhaft zusätzliche Impulse für den Tourismus in Franken bringt. „Das stärkt die Wirtschaft, bringt Imagegewinn und fördert die Identifikation mit der eigenen Region“, betonte der Minister.

Kulturhistorische Sehenswürdigkeiten

Der KulTour-Pfad führt durch alle drei fränkischen Regierungsbezirke. Jeder Landkreis ist mit mindestens einem Ort vertreten. Auf dem Pfad erfahren die Besucher vor allem kulturhistorische Sehenswürdigkeiten aus dem Mittelalter, aber auch Naturschönheiten und fränkische Traditionen. „Wir wollen die Landesausstellung und ihre touristische Wirkung in den fränkischen Raum hinaus tragen. Gerade das unbekanntere und dennoch schöne Franken abseits der üblichen touristischen Wege soll davon profitieren“, machte Wiesheu deutlich.

Offensive Vermarktung

Die staatlichen Mittel werden gezielt in eine offensive Vermarktung gesteckt. Sie reicht von einem Reiseführer über Flyers bis hin zum eigenen Internet-Auftritt unter der Adresse www.kulturpfad-franken.de. Die Ausgestaltung des Kulturpfads erfolgt durch das Haus der Bayerischen Geschichte unter reger Mitarbeit der Gemeinden. Diese beteiligen sich insbesondere an der inhaltlichen Darstellung ihrer Sehenswürdigkeiten und der Finanzierung der Info-Tafeln vor Ort. **zk**

Landkreis Straubing-Bogen „im Netzwerk“

Im Zeitalter der Globalisierung gewinnt die Entwicklung eines regionalen Profils gerade im ländlichen Bereich ständig an Bedeutung. In diesem Sinne führte der Landkreis Straubing-Bogen in Ascha seinen ersten Regionaltag unter dem Motto „Im Netzwerk“ durch. Trotz kühler Witterung fanden sich zahlreiche Besucher ein, um sich von einem abwechslungsreichen Programmangebot inspirieren zu lassen.

Kommunen, Behörden, Einrichtungen und Verbände stellten sich und ihre Aktivitäten, vor allem aber auch zukunftsorientierte Projekte, an nahezu 100 Ständen vor. Mehr als zwei Dutzend Betriebe präsentierten ihre Konzepte und Produkte, knapp zwei Dutzend Direktvermarkter boten Delikatessen aus der Region an. Informationstafeln gaben einen Einblick in die Dorferneuerungs- und Agenda-21-Arbeit verschiedener Gemeinden des Landkreises.

Gewerbeschau

Da zu einer zukunftsorientierten Heimat auch die Ansiedlung von Arbeitsplätze vermittelnden Betrieben gehört, konnte sich der Interessierte im Rahmen einer mittelständischen Gewerbeschau ein konkretes Bild machen von innovativen Industrieanlagen und der Produktion von Schraubfundamenten, von Bürgersolaranlagen oder ländlichen Baumärkten.

Wie sehr ländliches Leben aber auch und im besonderen geprägt ist vom gemeinsamen Miteinander, demonstrierten in anschaulicher Weise die unterschiedlichsten Gruppierungen wie Sportvereine, Kreativ-Gruppen und heimatgeschichtliche Arbeitskreise.

„Kulturreise durch den Land-

kreis“ hieß das Rahmenprogramm der Veranstaltung, das ausschließlich von Vereinen und Gruppen aus den Landkreisgemeinden bestritten wurde. Auf zwei Bühnen wurden Sport und Tanz ebenso präsentiert wie volksmusikalische Darbietungen oder Rock'n Roll. Auch Theateraufführungen erfreuten das Publikum. Abgerundet wurde der erfolgreiche Regionaltag mit dem Sängertreffen Straubing-Bogen in der Turnhalle von Ascha, an dem sich sechs Chöre beteiligten.

Ressourcen der Region

Landrat Alfred Reisinger war voll des Lobes über die Beteiligten des ersten Regionaltages, die seiner Ansicht nach hervorragend das innovative Potenzial an Lebensqualität und Ressourcen der Region vermitteln konnten. Reisinger dankte in besonderer Weise den Organisatoren der Veranstaltung, allen voran der Gemeinde Ascha mit ihrem Bürgermeister Wolfgang Zirngibl. Als „Motor“ der Veranstaltung bezeichnete der Landrat wiederum LAG-Geschäftsführerin Rita Kienberger, die unter der Gesamtorganisation der LEADER-Aktionsgruppe Straubing-Bogen seit einem halben Jahr das „Netzwerk“ sichtbar machen half. **DK**

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Doch keine Frau nach Rau. Es wird wohl bald zur lieben Gewohnheit, dass die Parteien Frauen in der Bundesversammlung verheizen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja gerade auf dem Frauenfördertrip und sieht sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als Sachwalter der Frauen in der Politik.

Das ist zwar ein ganz klein wenig scheinheilig und ich möchte nicht behaupten, dass es nicht auch ein bisschen selbstgefällig wäre. Aber der gute Zweck heiligt auch hier die eigensüchtigen Mittel und so sei es ihm nachgesehen. Denn Recht hat er ja: Was reitet denn intelligente, mit beiden Beinen im Leben und im Beruf stehende Frauen, sich als bloße Zählkandidatinnen in ein aussichtsloses Rennen schicken zu lassen?

Die Geschichte des politischen Kanonenfutters

Politisches Kanonenfutter im Rock

ters im Rock ist ja lang und parteiübergreifend. Angefangen mit Annemarie Renger von der SPD über Hildegard Hamm-Brücher von der F.D.P. bis hin zu Dagmar Schimpanski von der CDU und jetzt Gesine Schwan von der SPD. Und auch die Grundmuster ähneln sich: Kaum hat ein Lager in der Bundesversammlung eine so satte Mehrheit, dass die Wahl des Mehrheitskandidaten so spannend wie das Wort zum Sonntag ist, entdeckt das andere, dass die Republik nunmehr doch reif genug wäre, von einer Frau repräsentiert zu werden (nicht regiert, wohl gemerkt, da müssen wir wohl noch zwei Jahre warten).

Flugs wird eine Frau aus dem Hut gezaubert, die durch die Lande tourt und der staunenden Öffentlichkeit vermittelt, dass ihre Partei tolle und kompetente Frauen in ihren Reihen hat, die für jedes Amt in der Republik taugen, aber für jedes andere als das des Staatsoberhauptes zu schade wären und deshalb auch kein anderes



Amt bekämen. Mit diesem Sympathiebonus im Rücken dürfen sie dann verlieren, sich von den Kommentatoren, die dem jeweiligen Lager nahe stehen, am 24. Mai im Leitartikel zur moralischen Siegerin erklären lassen und dann wieder in der Versenkung verschwinden.

Denn die Frauen der Bundesversammlung sind „Never-Come-Back-Kids“. Auch Richard von Weizsäcker und Johannes Rau sind einmal tapfer untergegangen und wurden doch Präsidenten, als der politische Wind sich drehte. Diese Form der personellen Kontinuität war den weiblichen Kandidaten bisher nicht vergönnt.

Es bleibt die Erkenntnis, die auch in der Kommunalpolitik immer wieder zu beobachten ist, dass wenn alles hoffnungslos erscheint, die Frauen die Kastanien aus dem Feuer zu holen haben. Sie sammeln innerhalb kürzester Zeit Sympathie und mobilisieren ein Jetzt-wird's-aber-Zeit-Gefühl. Bloß bei Kommunalwahlen machen die Frauen den Politstrategen ab und zu einen Strich durch die Rechnung und erringen entgegen allen Vorhersagen das Amt.

Insgesamt bin ich überzeugt, dass Deutschlands Zukunft weiblich ist. Unsere Fußballerinnen sind Weltmeister, während die „richtige“ Nationalmannschaft bei der heurigen EM nur Chancen aufs Viertelfinale hätte, wenn sich auch Malta, Andorra und der Vatikan qualifiziert hätten. Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich bei einem solchen Vergleich immer sehr böse an. Einige Domänen sollten die Frauen unseren Männern noch lassen! Denn man sollte immer den Satz von Anna Magnani beachten, der heute auf dem Kalenderblatt steht: „Die Phantasie der Männer reicht bei weitem nicht aus, um die Realität der Frau zu begreifen.“

Die Sabrina



Einen Hochachtungsschluck auf die so erfolgreiche Sonderchau „Wir Schwaben“ (wir berichteten) gab es bei der Augsburger Frühjahrsausstellung am Stand des Landkreises Donau-Ries. V.l.: Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, Augsburg, der Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle, Bezirksrat Reinhold Bittner (Oettingen), Direktvermarkter Bruno Lechner vom Storchenhof in Munningen, Dr. Karl Vogele, Augsburg, Minister Josef Miller, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert.

Bild: -jdt-

50 Jahre Stadt Buchloe

Beim Festakt zum 50jährigen Jubiläum der Stadterhebung Buchloes bescheinigte Innenstaatssekretär Georg Schmid der Kommune, sich zu einer lebens- und liebenswerten Stadt mit hervorragender Wohnqualität und ausgewogener und vielseitiger Infrastruktur entwickelt zu haben. Buchloe sei die drittgrößte kreisangehörige Gemeinde im Landkreis Ostallgäu und ein wichtiger Wirtschaftsstandort in der Region.

Buchloe erhielt einen enormen wirtschaftlichen Aufwind durch die Eröffnung der Bahnlinie Augsburg - Kaufbeuren im Jahr 1878, mit der Buchloe zu einem wichtigen Eisenbahnknoten wurde.

Historische Leistung

Auch die große Herausforderung, die mit dem Zuzug von Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden war, wusste Buchloe gut zu bewältigen. Laut Schmid war die

Integration in die Buchloer Gemeinschaft nicht nur eine bemerkenswerte historische Leistung. Sie konnte auch den Aufwärtstrend des Ortes kräftig unterstützen.

Gewinn durch Gebietsreform

Durch die Gemeindegebietsreform habe Buchloe nochmals gewonnen. Sie habe der Stadt einen weiteren Zuwachs an Einwohnern und Fläche gebracht, der den weiteren Aufstieg der Stadt unterstützte. **DK**

Jugendkultur-Preis 2005

Um die Kinder- und Jugendkulturarbeit im Landkreis zu fördern, verleiht der Landkreis Schweinfurt - Kommunale Jugendarbeit - für beispielhafte Aktivitäten in diesem Bereich den Jugendkulturpreis, mit attraktiven Geldpreisen (1. Preis 500 Euro und die Jugendkulturtrophäe, 2. Preis 250 Euro und 3. Preis 130 Euro). Das Thema 2005 ist Theater (z. B. Aufbau einer Kinder- oder Jugendtheatergruppe, Theaterworkshop, Improvisationstheater...).

Alle Gemeinden, Märkte und die Stadt Gerolzhofen sowie ihre Vereine und Verbände der Jugendarbeit und Jugendinitiativen sind aufgefordert, sich dem Wettbewerb zu beteiligen. Die Ausschreibungen sowie die Anmeldungen wurden an die Gemeinden verschickt, die auch die Koordination der eingehenden Aktionen übernehmen.

Pro Gemeinde kann nur eine Aktion bei der Kommunalen Jugendarbeit eingereicht werden, d.h. dass alle Vorschläge der möglichen Wettbewerbsteilnehmer bei der Gemeinde gesammelt und dann entschieden werden soll, welche Aktion teilnimmt. Empfehlenswert für den Wettbewerb wäre ggf. auch eine Kooperationsaktion mehrerer möglicher Teilnehmer.

Ist die Entscheidung für eine Aktion gefallen, soll die vom Wettbewerbsteilnehmer ausgefüllte Anmeldung bis spätestens 31.10.2004 an die Kommunale Jugendarbeit zurückgeschickt werden. Informationen bei der eigenen Gemeinde oder der Kommunalen Jugendarbeit, Tel.: 09721/55-507.

Unter www.koja-schweinfurt.de, „Aktuelles“ sind Ausschreibung und Voranmeldung als Download abrufbar. **zk**

Landkreis Bamberg:

Drei Agenda 21-Projekte bei „Nachbarschaft gewinnt“

Gleich drei Projekte aus dem Landkreis Bamberg gehen mit Unterstützung der Agenda 21-Stelle des Landratsamtes beim diesjährigen Agenda 21-Wettbewerb „Nachbarschaft gewinnt - Miteinander die Zukunft gestalten“ des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz ins Rennen.

Der Obst- und Gartenbauverein Vorra und Umgebung hat sich mit seiner Initiative „Förderung der solaren Energienutzung“ beworben.

voltaikanlage verfügt. Zusammen mit einer Biogas- und einer Wasserkraftanlage erzeugen die Bewohner zwei Drittel ihres benötigten Stromes selbst.“

Vorbildliches Netzwerk

Doris Beck, Vorsitzende des Vereins, erklärt: „In unserem Ort hat die Nutzung alternativer Energien und nachwachsender Rohstoffe schon eine lange Tradition, die unser Obst- und Gartenbauverein aufgegriffen und weitergeführt hat. Durch unsere Arbeit ist ein nachbarschaftliches Netzwerk entstanden, was dazu geführt hat, dass mittlerweile jeder dritte Haushalt über eine eigene Solar- oder Photo-

Wirtschaft und Arbeit

In der Kategorie Wirtschaft und Arbeit hat die Maschinengemeinschaft Laibarös e.V. ihr Projekt „Errichtung eines Gemeinschaftswaschplatzes und einer Gemeinschaftstankstelle“ eingereicht. Gemeinschaftlich geplant und mit Unterstützung aller ortsansässigen Organisationen realisiert, haben die Landwirte des Ortes nun die Möglichkeit, betriebsnah ihre Maschinen zu reinigen und an einer modernen

Zapfanlage zu tanken. „Damit werden der Umwelt unnötige Belastungen wie zum Beispiel weite Fahrwege oder mögliche Grundwasserverunreinigungen erspart und die Landwirte sparen Zeit und Geld“, fasst der Vorsitzende der Maschinengemeinschaft, Martin Weiß, die Vorteile der neuen Anlage zusammen.

Gemeinde Walsdorf

Als dritter Teilnehmer aus dem Landkreis geht in der Kategorie „Lokale Agenda 21-Projekte“ die Gemeinde Walsdorf mit ihrer Umrüstung der Straßenbeleuchtung ins Rennen. Bürgermeister Heinrich Faatz erläutert: „Wir haben im Jahr 2003 das komplette Straßenbeleuchtungsnetz von Quecksilber-Hochdrucklampen auf Natriumdampf-Hochdrucklampen umgerüstet. So sparen wir 40 Prozent der notwendigen Energie und damit auch der Kosten ein. Ein Contracting-Vertrag mit dem Energieunternehmen hat das Vorhaben für unsere Gemeinde finanzierbar gemacht“. Zunächst haben man kräftige Überzeugungsarbeit beim Energieversorger leisten müssen, doch der mache nun sogar für diese Art der Ener-

gieeinsparung selbst Werbung, berichtet Faatz weiter.

„Die drei Organisationen haben mit ihren vorbildlichen Projekten demonstriert, was an nachhaltiger Entwicklung im eigenen Einflussbereich möglich ist. Voraussetzungen für den Erfolg solcher Projekte ist neben dem persönlichen Engagement der Aktiven allerdings auch eine große Portion Durchhaltevermögen und Zusammengehörigkeitsgefühl“, so Brigitte Weinbrecht, Agenda 21-Projektleiterin im Landratsamt Bamberg. Mitte Juni werden die Gewinner bekannt gegeben. Natürlich hoffen alle Beteiligten, dass es auch im Landkreis Bamberg einen Gewinner geben wird.

Sechs Kategorien

Der mit bis zu 10.000 Euro pro ausgezeichnetem Projekt dotierte Wettbewerb soll die Vielfalt der Agenda-Prozesse in ganz Bayern hervorheben. Unter dem Thema „Nachbarschaft gewinnt“ werden in sechs Kategorien, z.B. Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeiten oder „Eine Welt“, Projekte prämiert, die eine nachhaltige Kooperation und die Vernetzung von Partnern beinhalten. Neben Projekten aus Kommunen mit einem Agenda 21-Prozess wurden heuer erstmalig auch Beiträge von Vereinen, Organisationen und anderen bürgerschaftlichen Gruppen aufgenommen, in deren Gemeinden derzeit kein aktiver Agenda 21-Prozess läuft. z

Bundesweit einmaliges Projekt:

Atlas zur politischen Bildung in Schwaben

Augsburg. Wie es um die politische Bildung in der Region bestellt ist, konnte man bisher nur ahnen. Für das bayerische Schwaben weiß man es nun besser. In einem bundesweit einmaligen Projekt haben sich Bezirksjugendring und Bezirk Schwaben an eine Bestandsaufnahme gemacht und sich dabei der Mitarbeit von Wissenschaftlern der Universität Augsburg und der Katholischen Stiftungshochschule München/Benediktbeuren versichert. Jetzt wurde diese Bestandsaufnahme in Form eines Atlases „Politische Bildung Schwaben“ vorgestellt.

Erfasst wurden Schulen und außerschulische Einrichtungen mit ihren Angeboten. Nach dieser ersten Phase des Projekts, das die einstimmige Unterstützung des schwäbischen Bezirkstags genießt, wurde in einem zweiten Teil eine Kommunikationsplattform der Beteiligten errichtet und schon ist man dabei, ein Netzwerk zu schaffen.

Wie Prof. Dr. Gerhard Kral von der Stiftungshochschule bei der Präsentation des Atlases betonte, sollte gerade mit diesem Projekt das Ziel politischer Bildung im Auge behalten werden, bei vielen Bürgern und besonders bei jungen Menschen das Interesse an Politik zu wecken.

Offene Formen finden

Die Demokratie auf dem Weg zur aktiven Bürgergesellschaft bedürfe eines neuen Anstoßes und einer nachhaltigen Pflege. Auch die Kommunalpolitik müsse sich diesbezüglich weiterentwickeln und zu neuen offenen Formen finden, ergänzte bei der Vorstellung einer der Ideengeber des Projekts, Winfried Dumberger-Babel, langjähriger Geschäftsführer des Bezirksjugendrings Schwaben. pk

Interaktive Homepage

Zentrales Element dabei ist die Errichtung einer interaktiven Homepage. Über die Online-Präsenz können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über dieses Medium aktuell und authentisch informieren und, wie Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert hofft, „aktiv an der politischen Bildung beteiligen.“ (www.politische-bildung-schwaben.net).

Vorschau auf GZ 12

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 12, die am 24. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- z EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- z Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- z Kommunale Baupolitik